

# Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: In Blättern für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 200 — Mt., auswärts 250 — Mt. ...

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ...

## Gegen die Dollarpeskulanten!

Wie der Dollarpesulation und den Preistreibern entgegengetreten werden — könnte.

- Sozialdemokratisch: Forderungen an die Reichsregierung.**
- Grundsätzlich der Beratung des Wirtschaftsrats hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Genossen Dr. Herß folgende Forderungen zur Marktlikung erhoben:
1. Aufrechterhaltung der Stützungsaktion auf der vor dem Einbruch erreichten Höhe.
  2. Ausbau der Devisenordnung, und zwar:
    - a) durch Verbot des Kaufes ausländischer Effekten.
    - b) Unterstellung der Banken unter die Kontrolle, welche die Devisenverordnung für jeden anderen Kaufmann vorseht.
    - c) Anmeldepflicht für Devisenbestände.
  3. Beringerung der rein spekulativen Geldnutzung für Devisenkäufe durch:
    - a) scharfe Kreditbeschränkung.
    - b) durch scharfe Hinaussetzung des Reichsbankdiskonts.
    - c) durch Gewährung von Krediten nur gegen Uebernahme des Kurstillos durch die Darlehensnehmer. Vereinarbeitung mit der Reichsbank, größere Kredite nur auf Goldbasis gegen Goldzins zu geben. Dasselbe für alle Reichskredite.
  4. Wirtschaftspolitische Maßnahmen.
    - a) Einschränkung der Luxuseinfuhr.
    - b) bei weiterem Bleiben des hohen Dollarkurses Herabsetzung der Ausfuhrabgaben auf die Höhe vor dem 1. Januar. Wiederheraussetzung der Kohlensteuer, falls der Preisabbau nicht vorgenommen wird.
    - c) Wiederheraussetzung der Freilisten für die Ausfuhr.
  5. Ordnung der Finanzen des Reiches durch scharfe Erhaltung des Bestandes.

Die Stadtverwaltung in Essen hat im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen Maßnahmen getroffen, um das Rathaus zu schützen. Als die Demonstranten am Donnerstag von diesem Gebäude abwichen, versammelten sie sich in einem größeren Lokal. Es fanden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung statt, und heute abend soll eine Kommission nach Berlin zum Arbeitsminister fahren, um dort weiter über die Angelegenheit zu verhandeln.

Eine von den Kandidaten in Mülheim getrennt abend einberufene Versammlung hat beschloffen, einen 24stündigen Generalkstreik auszuführen. Weitere Forderungen sind: 1. Sofortige Freilassung der Gefangenen; 2. sofortige Bildung eines proletarischen Ordnungsdienstes durch alle Arbeiterorganisationen; 3. sofortige Entlassung des bürgerlichen Selbstschutzes; 4. sofortige Entschädigung aller Verwundeten und Hinterbliebenen durch die Stadt Mülheim in voller Lohnhöhe nebst freier ärztlicher Behandlung; 5. sofortige Erfüllung der Forderungen der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter.

### Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern in einer besetzten Zechen.

Auf der Zeche „Johann“ in Steele ist es zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat zu Unstimmigkeiten gekommen. Da der größte Teil der Anlagen von Franzosen besetzt ist, verweigert die Besatzmacht die Anfuhr. Die Betriebsleitung verlangt jedoch nach wie vor die Anfuhr der gesamten Belegschaft in Stärke von 2100 Mann. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Die Notstandsarbeiten werden von 150 Mann verrichtet.

### Verpachtung von Hotels an Franzosen.

Essen, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Franzosen gehen jetzt dazu über, die von ihnen beschlagnahmten Hotels an französische Hoteliers zu verpachten. Das größte Hotel in Essen, der „Handelshof“, der der Stadt gehört, wurde einem Pariser „bis zum Ende der Besatzung“ verpachtet.

### Ein neuer Versuch mit einem Dorkenputz?

Die linksstehende Pariser „Coe Nouvelle“ schreibt: Es geht das Gerücht, daß wir in Paris entschlossen sind, eine administrative und wirtschaftliche Autonomie der Rheinlande aufzurichten und daß dieses Mandat der Verbots einer umfassenden Operation, nämlich der Ausrufung der rheinischen Republik, sei. Wir können im Augenblick nicht feststellen, was an diesen Gerüchten wahr ist, wir haben aber Gründe, anzunehmen, daß es sich hier nicht um vollkommenen Phantasie handelt. Es herrscht hier ein Geisteszustand, der die Unabhängigkeit der Rheinlande schaffen will, die sich vollkommen gegen das Deutsche Reich orientieren soll.

### Der Eindruck der britischen Arbeiterdelegation.

Der Bericht der aus den Parlamentsmitgliedern Hamilton, Tom Shaw, Charles Burdon und Brigadegeneral Thomson bestehenden Arbeiterdelegation über ihren Besuch im Ruhrgebiet vom 21. bis 27. März stellt fest, daß im Rheinland außerhalb der britischen Zone und im Ruhrgebiet Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr stark gelitten haben, Telegraphen- und Telephonverkehr für die Zivilbevölkerung so gut wie aufgehoben sind und das Geschäftsbetrieb im Ruhrgebiet stillsteht. Die Geschäftsoperationen der britischen Kaufleute seien gelähmt. Die Industrie im Ruhrgebiet sei auf die Hälfte zurückgegangen. Lebensmittelmangel sei nicht zu bemerken, was auf die Anstrengungen der deutschen Regierung zurückzuführen sei, das Ruhrgebiet auch zu versorgen. Die Arbeiter widerstehen sich bis zum letzten Mann entschlossen jeder Festnahme Deutschlands. Ihre Stimmung sei zum großen Teil nationalitätlos, was man in England patriotisch nenne. Sie sei jedoch nicht auf den Einfluß der deutschen Regierung oder der Arbeitgeber zurückzuführen, die Arbeiter bilden das mächtigste Element des Widerstandes gegen die widerrechtliche Aneignung einer Kontrolle durch Frankreich in irgend einer Form. Die Masse des Volkes sei geduldig und bereit, zu verhandeln sowohl über Bezahlung einer weiteren Reparationssumme, als auch über Garantien für die Sicherheit Frankreichs.

Zur Haltung der französischen Vertreter erklärt der Bericht, General Degouttes Politik sei bisher nicht vorzüglich gegen die Arbeiter gerichtet gewesen, er scheine jedoch bereit zu sein, in naher Zukunft härtere Maßnahmen zu ergreifen, da die aus der Weigerung der deutschen Eisenbahner, für die Franzosen zu arbeiten, entstehende Not zunehme. General Degoutte erhoffe und erwarte eine halbige Kapitulation der Deutschen, für die jedoch seitens der Bevölkerung keine Anzeichen beständen. Der Bericht bemerkt ferner, mit dem, was die französische und die deutsche Regierung zusammen im Ruhrgebiet ausgeben, könne die Reparationsfrage zum großen Teil geregelt werden. Sowohl im Ruhrgebiet als auch im Rheinland bilden die Reserven beträchtlich zur Deckung der Bedürfnisse. Die Masse sei antimilitaristisch. Zur britischen Stellung im Rheinland erklärt der Bericht, eine Fortsetzung der augenblicklichen Politik der Untätigkeit müsse die Stellung der britischen Vertreter schließlich untergraben.

Ein Dollar (norddeutsch) 29000 Mark

## Das Reichswirtschaftsministerium vor dem Reichstag.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes wird mit dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Abg. Dr. Herß (Soz.):

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist in hohem Maße ernst. Die Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus der Unübersichtlichkeit unserer inneren und äußeren Verhältnisse, aus der gewaltigen Abflukt von Kapital, aus den Schwierigkeiten bei Beschaffung von Rohstoffen und Kapital, aus gewaltigen Preissteigerungen, der Arbeitslosigkeit und der erheblichen Kurzarbeit. All diese Schwierigkeiten haben sich infolge der Ruhrbesetzung bedeutend verschärft. Die Verschärfung unserer Wirtschaftslage in den letzten Wochen ist eine schwere Anfrage gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Es ist nichts getan worden, um der durch die Ruhrbesetzung bedingten Erhöhung der Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Erst nachdem der Dollarkurs im Januar auf 50 000 gestiegen war, begann die Beschränkung des Devisenmarktes. Es bedurfte erst der bittersten Lehre, ehe man sich überhaupt zu irgendwelchen Taten aufraffte und dann mußte man zu jenen Vorschlägen greifen, die wir bereits im Juli des vergangenen Jahres machen. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Der Eingriff des Reiches in die Devisenverwaltung wäre bei einem Dollarkurs von 300 viel leichter gewesen als bei einem solchen von 50 000. (Sehr wahr! links.) Die ungeheure Schädigung der Masse der Bevölkerung, die Vernichtung ihrer Kaufkraft wäre nicht in dem Umfang möglich gewesen. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien und des Reichsministeriums habe aber gezeigt, daß privatrechtliche Interessen an der fallenden Währung für das Abwarten der Reichsgewalten entscheidend waren. Die inneren Preise haben sich rapide dem Dollarkurs angeglichen, dadurch den Export unterbunden und ein neues Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit hervorgerufen. Von 0,6 im Juli 1922 stieg die Zahl der Arbeitslosen in den deutschen Reichsteilen bis auf 4,4 auf je 1000 Mitglieder im Januar 1923. Die Zahl der Kurzarbeiter wuchs im Dezember von 8,7 Prozent auf 13 Prozent im Januar an. Schon vor der Ruhrbesetzung hatten wir 2 Millionen Erwerbslose oder Kurzarbeiter.

Trotz dieser schon vor der Ruhrbesetzung bestehenden schwierigen Situation wurde nicht gehandelt. Jeder konnte weiter hemmungslos seinem Privatinteresse nachgehen. Herr Becker meinte am 16. Januar, unmittelbar nach der Ruhraktion, aus der Besetzung des Ruhrgebietes ergebe sich zwangsläufig der Sturz der Mark, ohne daß man mit irgendwelchen Maßnahmen Einhalt tun könnte. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Zur gleichen Zeit hat betonte er in einem Interview, aus diesen und anderen Gründen betrachten wir die angeordnete Abschüttung des Ruhrgebietes mit Gemütsruhe. Diese Worte entsprachen keineswegs dem Gehalten der Einheitsfront und mußten die Empfindung hervorgerufen, als ob die Reichsregierung der Allmacht der Devisenbesatzung, der Kartelle und Trüffe, keinerlei Beschränkung auferlegen wollte. Diese Annahme wird durch das tatsächliche Verhalten des Ministers in der Frage der Löhne und des Preisabbaues gestützt. Trotz der steigenden Preise glaubte er am 6. März in einem Erlaß erklären zu müssen, daß die Preiswelle nicht durch Lohnerehöhungen auf neue in Bewegung gesetzt werden dürfe. Daher könne keine Erhöhung der Löhne eintreten. Das Reichswirtschaftsministerium war an diesen Erklärungen völlig unbeteiligt. Der Wirtschaftsminister hatte auf eigene Faust gehandelt. Erst Lohnabbau, dann Preisabbau, das ist der Standpunkt des Ministers, über den bei allen gewerkschaftlichen Organisationen große Empörung herrscht. Die Arbeiterkraft würde mit Freunden in einen Abban der Papierarbeitslöhne einwilligen, wenn gleichzeitig deren Kaufkraft erheblich gesteigert werden könnte. (Sehr richtig! links.) Voraussetzung für den Lohnabbau ist eine vorherige Preisreduzierung. Es ist nicht wahr, daß die Löhne den Preisabbau verhindern, sie bilden nur einen beschränkten Bruchteil der Erzeugungskosten, und machen nur 20-50 Prozent des früheren Lohnes aus. Die Gewinnmacht von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe hat den Preisabbau verhindert! (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wo in geringem Umfang ein Preisabbau vorgenommen wurde, erfolgte er teils auf Kosten des Lohnes und des Staates, aber nie auf Kosten des Profits. Der Abbau der Kohlensteuer, die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, die Erhöhung der Umlagenpreise und die nicht erfolgte Erhöhung der Frachten und des Portos haben dem Reiche 2000 und mehr Milliarden gekostet, die es an die Wirtschaft gegeben hat, um einen Preisabbau zu erzielen. Trotzdem ist ein Preisabbau auch nicht anzudehen in dem Maße, wie die Massen des Reiches gestiegen sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Entwicklung ist vom Minister selbst eingeleitet worden. In einer von ihm herausgegebenen Heroldung vom 16. Dezember sind die Wiederbeschaffungskosten als Grundlage zur Preisberechnung genommen worden, was in der Praxis auf eine Verschärfung der Preissteigerungen und eine Verschärfung des Preisabbaues hinausläuft. Die Stützungsaktion hat an dieser Wirkung nichts ändern können, weil sie nicht, wie die sozialdemokratischen Kreise aus dem vorigen Jahre, ein gleichzeitiges Vorgehen auf dem Gebiete der Finanzpolitik, der Devisenpolitik und der Steuerpolitik, und schließlich auch der Lohnpolitik, sondern nur die Devisenpolitik und die Steuerpolitik betrafte.

In dem Widerstand der Interessenten, der sich hier in diesem Hause stark äußert, liegt die Ursache der Durchführung dieser Pläne. Da man solche Maßnahmen unterließ, ist in Wirtschaftskrisen auch kein Grund zu dem, was der Stützungsaktion aufgegeben. Das wird begreiflich, wenn man weiß, daß die Schäden des Reiches vom 10. Januar bis 10. März von 2,5 Bif

## Was tut die Reichsregierung?

WIB. meldet: Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschloffen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiter zu führen. Zu diesem Zweck sollen, abgesehen von der Fortsetzung der bisherigen Stützungsaktion, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergreifen werden:

1. Eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr.
2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für den Besitz an Devisen nach dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

Als Ergebnis der gestrigen Besprechung des Reichskabinetts mit führenden Berliner Bankleuten weiß das „Tagblatt“ zu melden, daß die Reichsregierung von der Einführung einer Devisenkontrolle absehen werde. Auf die Nichtanmeldung der Devisenbesitzer sollen hohe Strafen angesetzt werden. Auch eine weitere Information des Reiches soll die Reichsbank im Notfall bereit sein, gewisse Mengen ihres Goldbestandes für die Stützungsaktion zu verwenden.

## Von Rhein und Ruhr.

### Die kommunistische Erwerbslosen-„Aktion“ in Mülheim und Essen.

Essen, 19. April. (Eig. Drahtber.) Die Mittwoch-Demonstration der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen in Mülheim/ Ruhr hat bis spät in die Nacht hinein fortgedauert. Am Donnerstag früh sind drei Wallungsfeste geplant worden; die Demonstranten konnten sich z. T. mit Waffen versehen. Die Stadt wird durchstreift. Man sucht nach den Kriminalpolitischen, die am gestrigen Tage geflohen haben sollen. Automobile, Kraftwerke und Straßenbahnen werden angehalten. Die Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist vollständig eingestillt.

In Essen fand am Donnerstag früh ebenfalls eine Demonstration statt, die in einer zu Mittwoch abend von den Kommunisten einberufenen Versammlung beschloffen worden war. Auch hier zeigte sich wieder, daß sich unter den Demonstranten ein großer Teil auswärtiger Elemente befand. In dieser Versammlung wurde u. a. auch beschloffen, das Rathaus, das Arbeitsamt und das Wohlfahrtsamt, gegebenenfalls mit Gewalt, zu besetzen. Falls Angriffe von Selbstschutzes oder der Feuerwehre erfolgen sollten, soll ebenfalls zum Angriff übergegangen werden. Es wurde den Demonstranten empfohlen, sich mit Summen, Knäpeln und Steinen für den Angriff zu bewaffnen. Sollte die Aktion nicht gelingen, dann war beabsichtigt, sich am Freitag an die Franzosen zu wenden, um ihnen die Arbeitskräfte der Notstandsarbeiter und Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Die Hauptforderungen der Notstandsarbeiter sind: eine einmalige Ausgleichszulage von 150 000 Mark für Bezieher und für Ledige von 100 000 Mark; für die Arbeitslosen eine Unterstützung von 10 000 Mark pro Tag, außerdem für die Frau 1000 Mark und für jedes Kind 500 Mark Zulage. Die Entlassung der Notstandsarbeiter erfolgt nach dem Liebesarbeiter-Tarif. Die Städtevereinigung im Ruhrgebiet hat jedoch beschloffen, den Notstandsarbeitern eine monatliche Zulage zu gewähren, die für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 4000 Mark, mit einem Kind 5000 Mark, mit zwei Kindern 6000 Mark und mit drei oder mehr Kindern 7000 Mark monatlich betragen soll. Mit dieser Unterstützung erhalten die Notstandsarbeiter höhere Löhne als die in Arbeit befindlichen Bauarbeiter.



Honen auf 6.9 Billionen gestiegen und sich der Notenumlauf in derselben Zeit von 1.4 auf 5.5 Billionen erhöht hat.

Das Defizit im Reichshaushalt

Ist in diesen drei Monaten von einigen hundert Milliarden auf mehr als ein halbes Duzend Billionen angewachsen. Auch die Art der Kreditpolitik, insbesondere die Art, wie die Kredite für Ruhrzwecke verwendet worden sind, hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Seine sich der bei der Teilerlöse. Ihr Ergebnis ist der Beweis für den völligen Mangel an gutem Willen der Wirtschaftskreise zur Stützung der Ruhr.

Bei den gerechneten 20 Millionen ist ein erheblicher Teil mit Devisen bezahlt worden, die vorher und nachher an der Börse zum Verkauf wurden. Der zweite Akt der Staatsbankrottierung der Reichsbank ist ihre Haltung zur Stützung der Ruhr, die für viele eine gute Gelegenheit war, ihre Reichsbankguthaben zu verwechseln.

(Die vom Genossen Herz am Schluss seiner Rede vorgebrachten sozialdemokratischen Forderungen bringen wir an anderer Stelle des Blattes.) Ohne die Stützung der Ruhr durch neue Preissteigerungen, neue Anleihen in unserem Wirtschaftskreis, werden wir am allermeisten die Millen an der Ruhr.

Präsident Wöde beklammert den Abg. Kahl im Namen des Reichstages zum 50jährigen Jubiläum seiner Doktorwürde, worauf der Substitut und dem Reichstag seinen Dank zum Ausdruck bringt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Ich habe nicht die Absicht und das Bedürfnis, eine programmatische Erklärung zur Wirtschaftspolitik abzugeben in einem Augenblick, wo es gilt, dräuhend praktische Wirtschaftspolitik zu treiben, vor allem im Interesse unseres Kampfes an der Ruhr.

Was ich ein der Meinung, daß in der Kreditgewährung tunlichste Rücksicht geübt werden muß und ich will weiteres sagen, daß stilles hier und dort und sogar in weiterem Umfang es vorzuziehen ist, daß ein Kredit nicht ganz zu dem Zweck verwendet werden soll, zu dem er gegeben ist.

Der Felsenbrunner Hof.

Geschichte von Anna Croissant-Kuhl. Copyright by Georg Müller in München.

Sah weintra sie mit der Weintraube, während Tina rief an Lippstoffs Lehne und nicht wagte, ihren Schmerz zu hören. Helene hatte, während sich all die wirren Gedanken und dunklen Gefühle bei ihr drängten, eine merkwürdige Vision.

Schimpfend kam sie und rüttelte Helene auf: „Ist man denn in einem Narrenhaus hier? Niemand geht einem zur Hand, lauter verhornte Gefächter und zitterige Finger! Schämt euch doch! Was tut ihr denn, wenn ein wirkliches, großes Unglück geschieht? Es wäre wohllich anderes zu tun, als zu heulen.“

„Kommen Sie doch mit mir, Fräulein!“ bat das Mädchen. „Es ist tot?“ „Ja — und dann ich hab?“ „Es ist gut, Tina, ich es tot sein. Was kann ich denn dabei tun? Ich kann's nicht lebendig machen.“

alle Ausgaben werden also aus der Tasche gemacht, in die fast nichts durch den Verkauf von Waren geflossen ist. Selbst bei den niedrigsten Löhnen kommt man täglich auf einen Betrag von vielen, vielen Milliarden.

Kein Wort ist scharf genug gegen das Treiben der Reichsbank, die den neuen Einbruch in die Devisenpolitik der Reichsbank verschuldet haben. Was dagegen geschehen kann, muß geschehen. Das Reichsamt hat sich entschlossen, daß die Stützungaktion, wie sie letzter unternommen war, durchgeführt werden muß.

Auf dem Gebiete der Einfuhrstätigkeit müssen gewisse Einschränkungen eintreten. Eine Anzeigepflicht für den Besitz von Devisen soll eingeführt werden. Wir werden nicht nur den drakonischen Maßnahmen zustimmen, die notwendig sind, um die Ruhr auf dem Niveau zu halten, das ein weiteres Sinken der Lebenshaltungskosten verhindert.

Abg. Dr. Wieden (Dn.) wünscht größere Mittel für Handwerksangelegenheiten. Zum Wirtschaftsminister haben wir das Vertrauen, daß er Kapital und Arbeit gemeinsam stützen und mit einander verbinden wird.

Nach der Rede des Genossen Herz forderte Abg. Eiler (Dn.) eine strengere Kontrolle der Reichsbank durch ein engeres Verhältnis der Regierung mit den Vertretern des besetzten Gebietes.

Tuberkulosegesetz und Forstetat im Landtag

Der Preussische Landtag legte am Donnerstag die Ausschüsse über das Tuberkulosegesetz vor. Der Zentrumskoordinator Stummel beantragte, daß die Einleitungsfrist von 1873 wieder erreicht werden soll, nachdem man kurz vor dem Kriegsausbruch die Tuberkuloseerkrankungen um 50 Prozent herabgedrückt habe.

Der Kommunist Kania hob hervor, daß erst nach Verrückung des Rückens an eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose gedacht werden könne. — Abg. Lantieri beantragte, daß zu einem ausreichenden Schutz gegen Tuberkulose ein Reichsgesetz notwendig sei.

Zur Frage des Friedemannschen Tuberkuloseheil mittels erklärt Genosse Wehl, die ganze Art, die hier die Männer der Wissenschaft an den Tag gefügt hätten, magde den Eindruck, als seien sie darauf ausgegangen, einen Mann und die Sache die mit diesem Mann in Verbindung stehen zu vernichten.

Minister Heßler bemerkte, in der Frage der Desinfektionskosten werde die Regierung verfahren, den Städten, die sie nicht tragen können, durch Zuschüsse zu unterstützen.

Für das Kultusministerium legte ein Regierungsvertreter Verwahrung ein gegen die Art, wie sich Dr. Wehl gegen anerkannte medizinische Autoritäten ausgesprochen habe. — Genosse Wehl erklärte demgegenüber, daß er bei seinen Ausführungen bleibe.

Hierauf wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen, desgleichen die vom Ausschuss vorgelegenen Entschlüsse. Das Gesetz soll am 1. Juli 1923 in Kraft treten.

Das Haus geht dann über zur Beratung des Haushalts der Forstverwaltung.

In der allgemeinen Aussprache erklärte Genosse Wende-Berlin, die Forstverwaltung sei einer der größten Arbeitgeber in Preußen mit etwa 80 000 Arbeitern und Beamten. Es fehle aber noch viel an einem Arbeiterbetrieb.

Einem kurzen Augenblick jögerte Alwine, dann zog sie entschlossen die Schlußklammer auf und erzählte, weil sie rasche Schritte zu nähern hörte.

„Vater“, sagte sie entschlossen, „es ist gut, daß du kommst. Tina will jemanden hier gehört haben, was der Schreibtisch auch wirklich verschlossen?“

„Doch doch jetzt!“ wies der Vater gequält ab. „Wie kannst du an dergleichen denken, wo es soviel Scherzes und Trauriges gibt im Haus.“

„Das ist aber das Wichtigste!“ erwiderte Alwine streng. „Ich erlaube dir, ichau sofort nach; ich habe meine Gründe, das zu verlangen. Peter ist fort, man findet ihn auch wahrscheinlich nicht.“

Severing über sozialdemokratische Ordnungshundertkassen.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Soz. Volk. Dienstes“ nahm der preussische Innenminister Genosse Severing Stellung zu den in Magdeburg kürzlich in Erscheinung getretenen sozialdemokratischen Ordnungshundertkassen, die unbewaffnet sind, die Republik aber zu schützen sich bereit halten.

„Wenn auch an den besten Absichten der Magdeburger nicht zu zweifeln ist, wenn im Gegenteil der gute Wille, die Republik gegen Feinde von „rechts“ und „links“ zu schützen, die höchste Anerkennung verdient, so halte ich es nicht für weniger wichtig, daß jeder Kaufmann und jede Arbeiterin unterbleibt, um nicht andere Gruppen zu gleichen Vorgehen anzuregen und dadurch die allgemeine Verwirrung unserer Zeit bis ins Ungemeine zu steigern.“

„Zeitfreiwilligenaufmarsch in Oberschlesien“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Rote Fahne“ eine Mitteilung von angeblich zuverlässiger Seite, wonach Zeitfreiwilligen- und revolutionäre Selbstschutzwverbände in Oberschlesien unter dem Vorwand der Polengefahr seit einigen Tagen mobilisiert; die Verbände sollen von der Behörde anerkannt und militärisch ausgerüstet sein, teilweise sollen die Selbstschutzwverbände in Schupoform gestellt werden.

Wie der Amittliche Preussische Pressedienst hier berichtet, sind Zeitfreiwilligenverbände in Oberschlesien nicht mehr vorhanden, noch sollen solche etwa neu aufgestellt werden. Ebenso unrichtig ist es, daß Selbstschutzwverbände in Schupoform gestellt werden. Gegen alle vorhandenen Selbstschutzwverbände wird selbstverständlich eingeschritten werden, sobald sie trotz dem Verbot ihre Tätigkeit weiter ausüben sollten.

Ein Sieg der „Schlesischen Tagespost“ über die Polen,

an dem auf deutscher Seite auch die Redaktion des „Sozialen Tag“ mitgekämpft haben soll, muß vorerst in Deutsch-Oberschlesien erfolgt sein. Wenigstens melde das nationale Breslauer Blatt diesen Sieg gestern in Feindesdrum mit dreifachiger Ueberschrift und großem politischen Kommentar. An welcher Stelle Oberschlesiens die Schlacht stattgefunden hat, wird allerdings nicht angegeben.

Da die Meldung der „Tagespost“ ein plumper Schwundel ist, werden vielleicht auch manche deutschnationale Leser gemerkt haben, was es mit den Rezepten ihres Blattis und seiner Freunde zur Rettung Deutschlands auf sich hat.

Zum Volksbegehren nach Land.

Vom Landesverband Schlesien im Bunde Deutscher Bodenreformer wird uns geschrieben:

Im Leitartikel der „Volkswoche“ vom 16. April wird der Antragsteller, der Bund für Siedlung und Pachtung, als ein bodenreformatorische Organisation bezeichnet, wodurch der Ansehen erweckt werden muß, als stünde der „Bund deutscher Bodenreformer“ hinter diesem Volksbegehren.

Schon am 21. Januar d. J. hat die Bundesleitung des Bundes Deutscher Bodenreformer wohl mit an erster Stelle sich gegen dieses „Volksbegehren“ gewandt und in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die Stellung der Bodenreformer klargestellt.

Die Bodenreform hat noch nie die Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung und einschädigungslosen Entwertung des Landes, wie sie hier verlangt wird, vertreten. Eine Bodenverteilung schlechthin ist keine Bodenreform!

Wohl aber wird durch eine gerechte Feuerliche Erteilung des Bodens (Grundversteigerung), die ja auch von der Sozialdemokratie gefordert wird, der Boden billig und willig auch für Siedlungs- und Heimstättenzwecke in Stadt und Land werden, daß die gegenwärtigen, besonders im deutschen Osten sehr ungenügenden Lebensverhältnisse sich schnell dahingehend bessern, daß wir eine gesunde und blühende Wirtschaft, Mittel- und Kleinbau erhalten, daß wieder Lebensmöglichkeiten für Millionen auch auf der planierten Lande geschaffen werden, daß der Boden voll ausgenutzt wird, daß ein Wall von deutschen Menschen gegen die Invasionen der Fremden, die durch den Bodenverlust entstehen, Land und Wohnungsnot in ihrer Urtage angepaßt werden, wenn dieser Feuerliche Wert des Bodens auch die Befähigungsfähigkeit und den gerechten Preis darstellt, wenn für öffentliche Zwecke Land benötigt wird.

Alwine war ganz krank vor Ingrimm, verhaltenem Latenzdurst und vereilterer Rauche. Es war ja vollständig unbegreiflich, wie sich der Vater benahm, verrückt einfach. Jetzt war es bald alle verrückt im Haus. Sie einfach hinlegen und die Hände in den Schoß legen, wenn sie auf dem Spiel stand! Das Geld kaufen zu lassen, wie wenn sie's nicht notwendig brauchten! Vor ein paar Tagen hatte sie der lange Röder hinterbracht, was man sich in der ganzen Plaza über sie geredet, nein, was man offen erzählt! Wie sie am Branger standen! Ein wahres Wunder, daß der noch an ihr festhielt.

„Ich weiß, was ich an Ihnen haben werde, und welche Arbeitskraft in Ihnen steckt, das ist mehr als Kapital!“ Das war sehr schön, aber Alwine fand es eigentlich selbstverständlich. D. sie tapierte sich nicht zu gering! Aber das Geld wurde sie, das verlorene Geld machte sie bald krank. Man hätte es bestimmt noch haben können. Ein Glück wenigstens, daß der schreckliche unbedeutende eilige Junge auch mit fort war. Zuletzt hätte man ihn, nach diesem Vorkommnis, mit Gewalt abzuhalten müssen. Feinrich hatte zwar, nachdem er aus seiner Bemühtigkeit ermüdet war, sofort ausgesagt, daß Peter nur in Notwehr gehandelt, und er wahrscheinlich selber in das Messer gerannt sei; aber Alwine hatte so ihre Gedanken. Wenn auch der Weg nur eine ungeschickliche Verletzung konstatieren und verschieren, der große Blutverlust käme von einer Lungenblutung her, sei also Blutung gewesen infolge der Erregung: woher kam denn dann der Blutverlust? Sie konnte es nicht anders Herr bringen, das Mutter begreift sie zu machen. Es war ja nicht zum Ansehen und Anören, wie sie den ganzen Tag weinte und um ihren Weib dattelte. So jämmerlich klang sie jetzt, daß sie ihn vernachlässigt um des fremden Kindes willen, daß er überhaupt nur wie ein Geduldeter im Hause geliebt, ja daß man ihn wie einen unglücklichen Sogebiet und ihm am Ende des Tages ein Plüßchen angehängen habe.

„Was?“ (Sie Alwine empört das Mädchen, „Was hast du für Angst?“) „Ich hab' doch ein paar Nächte gewacht. Aber nun, wo ich gehört hab', was der Peter getan hat, ist mir's keine Ruh.“



### Zur Lage in der „Deutschen Studentenschaft“

Vom „Deutschen Studentenbund“ geht uns folgende Darstellung des Standes im Kampf um die Gleichberechtigung aller deutschen Studierenden innerhalb der Organisation der „Deutschen Studentenschaft“ zu:

Seit drei Jahren wird die „Deutsche Studentenschaft“ durch folgenden Kampf zerrissen:  
Die organisierte „völkische“ Mehrheit fordert, daß von den Studierenden aus den Gebieten, die Deutschland durch den Versailler Frieden verlor, aus Ostpreußen und den Sudetenländern nur die sogenannten Arier und die deutsch-arischen Studentenverbände in die „Deutsche Studentenschaft“ aufgenommen werden dürfen. Damit verlangt diese völkische Mehrheit, daß die deutschen Hochschulländer eine antisemitische Grundlegung für die Studentenschaft anerkennen und von allen Studierenden zwangsweise Beiträge für eine studentische Organisation mit dieser Grundlegung erheben, denn die deutschen Studentenschaften sind überall als Zwangsorganisationen mit Selbstverwaltungs- und Steuerrechten von den Regierungen anerkannt, jeder deutsche Student muß ihnen angehören.

Zu diesem Kampfe stellen wir, besonders in Hinblick auf die Haltung des preußischen Kultusministeriums, fest: Im Februar 1922 beschloß der preußische Landtag mit den Stimmen der großen Koalition, der preußische Kultusminister möge eine Neuordnung des Studierendenselbstrechtes im Sinne eines studentischen Selbstrechtes vorsehen, welcher diese antisemitischen Tendenzen vollkommen ausschaltete (Vaterjahrgang). Nachdem eine gütliche Einigung innerhalb der Studentenschaft, welche der Kultusminister abwarten wollte, definitiv gescheitert war, wandte sich kurz nach der Ermordung Rathenaus der Minister Böllig mit einem Erlaß an die Studentenschaften, der die Verwirklichung des Landtagsbeschlusses vom Februar herbeizuführen bestimmt war. Er verbot darin eindeutig und bestimmt jede antisemitische Grundlegung für eine preußische Studentenschaft und ebenso die Koalition mit den ausschließlich nach Rassegründlagen gebildeten studentischen Vereinigungen. Drei Wochen später beschloßen diejenigen Studentenschaften, die von der völkischen Mehrheit beherrscht wurden, in Würzburg eine Sitzung, welche in vollem Widerspruch zu dem Erlaß des preußischen Kultusministers stand und der Durchführung ihrer völkischen Ziele dienen sollte. Außerdem wählten sie sich einen Gegenwortstand.

In der gleichen Richtung wie der Erlaß des preußischen Kultusministers bewegten sich die Beschlüsse der Sitzungen der Reichsstudentenschaft vom September 1922. Mit Rücksicht darauf, daß die österreichische Regierung ein Jahr Zeit zur Durchführung der staatlichen Regelung ihres Studierendenselbstrechtes und auf Drängen Bayerns, beschloß indes die Hochschulkonferenz, die Länder sollten eine einseitige Regelung auch gegen den Willen der Studentenschaften erst nach dem 1. Oktober 1923 durchführen. Bis dahin sollte ein Provisorium gelten, dessen Bestimmungen nie formuliert wurden.

Neue Versuche, die Staatssekretär Wedder vom preußischen Kultusministerium im Auftrage der Hochschulkonferenz zur Einigung der Studentenschaften unternahm, scheiterten wiederum an der Haltung der völkischen Gruppen.

Bei Beginn der Ruhrbesetzung haben der rechtmäßige Ervinger Vorstand der „Deutschen Studentenschaft“ und die vereinigten Minderheiten noch einmal einen vergeblichen Versuch zur Einigung gemacht.

Dann berief der Reichskanzler beide Richtungen zu sich. Auch vor dem Reichskanzler haben die völkischen Gruppen wiederum erklärt, sie würden eine Regelung trotz weitestgehendem Eingegengangs der Minderheiten, eine Regelung, wie sie der Beschluß des preußischen Landtages, der Erlaß des preußischen Kultusministers vom 12. Juli 1922 und der Beschluß der Straßburger Hochschulkonferenz für das Definitivum ab 1. Oktober 1923 vorsehen, nicht anerkennen.

Damit dieses beschämende Ergebnis nicht noch zu weiteren Schädigungen führe, wurde die selbstverständliche Zusammenarbeit aller Richtungen für nationale Ziele besonders vereinbart. Ein fruchtbares Ergebnis hätte die Reichskanzler-Beschreibung nur dann gehabt, wenn die Forderung der völkischen Gruppen einer völkisch-antisemitisch organisierten, aber staatlich anerkannten „Deutschen Studentenschaft“ um der größeren nationalen Ziele willen aufgegeben worden wäre. Obgleich bei diesen Verhandlungen in den kritischen Punkten feinerer Einigung erzielt wurde, hob der Kultusminister die von ihm wegen dieser Streitigkeiten verhängte Beitragsperze auf.

Damit erkennt der preußische Kultusminister Gruppen an, die seinen Erlassen offen widersprechen und in jeder Verhandlung erklären, sie nicht durchführen zu wollen. Wir werden unermüdet mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln auf die geregelte Durchführung eines Studierendenselbstrechtes dringen, das nach Maßgabe des Erlasses des Ministers Böllig vom 12. Juli 1922 und der Straßburger Beschlüsse jede antisemitische Organisationsform der „Deutschen Studentenschaft“ ausschließt. — Es ist unmöglich, daß Regierungen deutscher Länder eine derartige antisemitische Organisation als staatlich selbstverwaltend anerkennen und ihr das Recht verleihen, Zwangsbeiträge von allen Studierenden zu erheben. Es spricht jedem gerechten Empfinden Sinn, daß deutsche Studierende zwangsweise und von Staats wegen einer Organisation eingegliedert werden, deren Charakter sie politisch und moralisch entwertet. Sollen sich deutsche Regierungen, gegenüber den völkischen Gruppen ihre eigenen Beschlüsse und Erlasse durchzuführen, so sind die von den Regierungen aufgedauten Selbstverwaltungskörper aufzulösen. Wir hoffen hingegen, daß es den Regierungen gelingt, die Studentenschaften auf eine rechtliche klare Grundlage zu stellen und damit die Arbeitsleistung der Studentenschaften zu gewährleisten, die der Erhaltung der geistigen Freiheit des deutschen Studententums zu dienen bestimmt sind.

Diese Erklärung des Deutschen Studentenbundes ist von seinen Vorstandsmitgliedern Hübl-Wilburg, Gröbner-Wien, Fesberg-Jena, Kober-Berlin, Herzog-Berlin und Bruch-Berlin, ferner vom „Ademischen Bund“ in Hamburg unterzeichnet. Sie verdient unferne Creditoren die Aufmerksamkeit aller nicht „völkisch“ verhegten Wandtagsfraktionen Preußens und sollte auch den Reichsminister interessieren, falls die Länder in der Wahrung des gleichen Rechts über Deutschen innerhalb der Hochschule verfahren.

### Aus aller Welt.

**Der Justizminister als Richter und Eigentumsverwalter.**  
Gegen das Urteil in dem Wittenhauser-Falle, durch das der frühere Justizminister Rahn wegen Unterschlagung an seiner Geheften unter Subtilisierung misdehnder Umstände und wegen Unterschlagung in sechsundachtzig Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, haben der Staatsanwalt und der Verteidiger Revision eingelegt. Die Staatsanwaltschaft macht geltend, daß das Gericht zur Annahme von Nach hätte gelangen müssen, während die Verteidigung mit der Revision die Freisprechung des Angeklagten anstrebt.

**Ein schwedisches Mädchen niedergebrennt.**  
Ein großer Teil des Schwedens Semes auf Kantenford in dem Nordland ist niedergebrennt. Menschen sind nicht umsommen.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Konferenz der Justizangestellten Schlesiens.

Am 15. April fand hier eine gut besetzte Konferenz der Angestellten bei Justizbehörden Ober-, Mittel- und Nieder-Schlesiens statt. Scharmann vom Zentralverband der Angestellten referierte über die wirtschaftliche Lage der Justizangestellten, die sich auch darum gegenüber anderen Angestellten Gruppen schlechter stellen, weil sie nicht unter das B.V.G. fallen. Diesen Verlust haben sich die Angestellten selbst zuzuschreiben. Auf Veranlassung des J. d. V. hat das bei den Justizbehörden übliche Verfahren des kurzfristigen Arbeitsvertrages Verbesserungen erfahren. Durch die gleichen Bemühungen sind zum Schluß der zur Entlassung kommenden Angestellten bei jedem Oberlandesgericht Ausgleichstellen geschaffen worden. Zwangspensionierung und Weiterbeschäftigung der Ruhegehaltsempfänger ist auch bei der Justiz ein Kapitel für sich.

#### Sammelplätze zur Maidemonstration

Alle Parteigenossen, die am 1. Mai nicht mit ihrer Gewerkschaft gehen, sowie alle Arbeiter, Angestellte und Beamte der Zweige, wo nicht allgemeine Arbeitsruhe ist, wie auch alle Frauen treffen sich pünktlich 8 Uhr an folgenden Stellen:

- Südwelt-Gräßlichen, Hohenallern- und Gräßlicher Straße, Wuppelweg, vor dem Schlachthof.
- Mitollator, Westendstraße vor dem Zentralballsaal.
- Oberster-Sandtor, Mathiasstraße vor der Eiltauend-Jungfrauen-Kirche.
- Scheitrig, am Braulebaw.
- Schlauertor, Mauritzusplatz.
- Strehlener Tor-Süden, Aristusstraße vor der Schule, Innere Stadt, Wücherplatz.

In allen Distrikten und Betrieben mache man darauf aufmerksam und Sorge für Massenteilnahme.

#### Nachmittagsveranstaltungen der Partei

in folgenden 5 Sälen und Gärten:  
Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17,  
Zügelhof, Gräßlicher Straße 19/183,  
Müller, Wuppelstraße 16/10,  
Wanda, Frankfurter Straße 117,  
Bergrasse, Westendstraße 22.

Überall Aufführungen der Freien Turnerschaft, Arbeiter-Militzen, Arbeiter-Jugend, Chöre der Arbeiterjünger, Spiele für Kinder, sowie

Konzerz und Tanz.  
Massenbesuch wird erwartet. Eintrittskarten bei allen Parteifunktionären und Betriebsvertrauensleuten, sowie im Parteisekretariat.

In der Diskussion wurde allseitig, auch von Mitgliedern der Beamtenverbände, hervorgehoben, daß diese Verbände nicht als Interessensvertretung für Angestellte in Frage kommen, da sie angestelltenfeindlich sind; darum sei es ganz besonders für die Justizangestellten notwendig, sich in einer starken Angestelltenorganisation zu organisieren. Nachstehend eingebrachte Entschließung fand einstimmige Annahme:

Die Konferenz der Justizangestellten Schlesiens erachtet den preußischen Justizminister, der auf Grund des § 13 Abs. 4 des Betriebsrätegesetzes getroffenen Maßnahmen, daß die Angestellten der Justizbehörden nicht als Arbeitnehmer im Sinne des B.V.G. gelten und unter die Beamtenauschlüsse fallen, aufzuheben. Die Angestellten der preußischen Justizbehörden wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger Rechte, als andere Arbeitnehmer und erwarten vom Herrn Justizminister, daß er der durch nichts gerechtfertigten Ausnahmehaltung befristet, da die dem § 13 Abs. 4 zugrunde liegenden Voraussetzungen nicht vorliegen.

Die Konferenz muß es von vornherein ablehnen, wenn die Justizangestellten unter das Beamtenrätegesetz gestellt werden sollten. Selbst wenn in diesem Gesetz Bestimmungen Aufnahme finden sollten, die eine Benachteiligung der aus dem Betriebsrätegesetz herausgenommenen Arbeitnehmer verhindern wollen, sind wir dessen gewiß, daß ein unter dem Druck der letzten Verhältnisse geschaffenes Beamtenrätegesetz uns bei weitem nicht die im Betriebsrätegesetz festgelegten Rechte bringen wird.

Die Vertretung und Durchführung dieser Entschließung überträgt die Konferenz dem Zentralverband der Angestellten und erwartet von ihm, daß er derselben zum Erfolg verhelfen wird.

Vom Verband der Justizbürobeamten und deren Anwärter erwartet die Konferenz, daß er seine bisherige Stellungnahme, daß die Angestellten der Justizbehörden unter die Beamtenauschlüsse fallen sollen, aufgibt, da diese Auffassung der Angestellten große Nachteile bringt, als nicht im Interesse der Justizangestellten liegt.

Weber die Aussichten auf Übernahme in das Beamtenverhältnis referierte Kollege Anek-Breslau, ebenso über die Reichsarbeitsverhandlungen. Es wurde die Festlegung der Angestelltenverhältnisse gefordert, was auch im Tarifvertrage zum Ausdruck kommen muß. Wenn Beamtenstellen geschaffen werden, so sind die bereits bei der Perwanzung tätigen Angestellten zu übernehmen. Nachdem noch eine Entschließung Annahme fand, die den J. d. V. und Verband der Justizbürobeamten, welche beide durch die J. d. V. und den A. d. B. im Kartellverhältnis stehen, auffordern, daß eine Klärung der Organisationsangelegenheit der in diesen beiden Verbänden organisierten Angestellten herbeizuführen und gegen die unverständliche Gehaltspolitik der Regierung Protest eingelegt wurde, konnte die gut verkaufte Konferenz geschlossen werden.

#### Der Lohnkampf im Handelsgewerbe.

Der Deutsche Verkehrsband, Abteilung Handelsgewerbe, hielt am Mittwoch abend eine stark besetzte Versammlung der Handels-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Spiekerwerder ab. Kollege Stabitz Sen fachte das Referat über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den neuen Lohnvertrag. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen ist das, daß der Schlichtungsausschuß den Forderungen der Arbeitsgeber nach Lohnabbau beigetreten ist, indem er in einem Schlichtungspruch nach Rücksicht brachte, daß die Löhne im neuen Tarif um einen bestimmten Prozentsatz abgebaut werden.

In der langen Aussprache kam allgemeine Entrüstung zum Ausdruck über die Zustimmung des Lohnabbaues in einer Zeit, wo alle Bedarfsartikel im Steigen begriffen sind. Ähnliche Redner waren sich darin einig, daß ein Lohnabbau unter allen Umständen abgelehnt werden muß. Die Versammlung beschloß sich die endgültige Beschäftigung vor, bis die Verhandlungen über den Tarif vor dem Schlichtungsausschuß zu Ende geführt sein werden.

#### Im Streit der Installateure und Rohelager!

Das herausgehobene Besinnen der Schlichter des Wittenhauser-Falles, den Arbeitgebern vom 1. April ab pro Stunde 150 Mark bis 1. März abzugeben, hat die Arbeitsnehmer dieser Gruppe in den Streit treten lassen. Im Interesse der Allgemeinheit sah sich der Schlichtungsausschuß veranlaßt, von Amiswegen die Parteien zu laden und eine Einigung herbeizuführen. Die Arbeitgeber blieben doch auf ihrem festen Standpunkt stehen und waren in keiner Weise zu einer Einigung bereit. Infolgedessen fällt der Schlichtungsausschuß

einen Spruch, der den Spitzenlohn eines Monteurs auf 1600 Mark festlegte; für die übrigen Gruppen sollten weitere Verhandlungen stattfinden. Dieser Spruch bedeutete für die Arbeitnehmer einen Lohnabbau von mindestens 100 Mark am Spitzenlohn. Diese Zustimmung des Schlichtungsausschusses lehnten die Arbeitnehmer in geheimer Abstimmung gegen 1 Stimme ab und sind diese nicht gewillt, sich irgend einen Abzug gefallen zu lassen.

Die Arbeitgeber verbreiten nun die Nachricht, daß die Arbeiterkassette eine Lohnerhöhung von 300 Mark die Stunde gefordert habe. Wir betonen nochmals, daß daran kein wahres Wort ist und die Arbeiterkassette für den Monat April nur die Löhne des Monats März beansprucht und für die Zukunft wie bisher die Errechnungen des Lohnamtes maßgebend sein sollen. Wenn weiter von den Arbeitgebern der Welt mitgeteilt wird, daß sie nur im Interesse der Kundtschaft und der notleidenden Hausbesitzer handeln, wenn sie den Lohn abbauen, so haben wir gar nichts dagegen einzuwenden, wenn sie von ihren hohen Zuschlägen, die sie auf die Löhne von der Kundtschaft erheben, etwas abgeben würden. Es ist der Kundtschaft schon immer unwohl gewesen, wenn die Meister an jeder Monteurstunde 1248 Mark und an der Helferstunde 1075 Mark und sogar an jeder Stunde der Montagezulage, die nur die Unkosten des Arbeiters bedecken soll, noch 855 Mark verdienen. Dazu verlangen die Herren noch 10 Prozent Werkzeugaufschlag und einen nicht geringen Prozentsatz von Materialverzicht. Das ist, was der Kundtschaft zu viel ist, aber nicht der Lohn des Arbeiters.  
Wir bitten deshalb alle interessierten Verufe, davon Kenntnis zu nehmen und zu beachten, daß der Streit unermindert weiter geht.

#### Das Ergebnis der Arbeiterratswahl bei Linke-Hofmann

An der Wahl beteiligten sich 8325 Arbeiter im Vorjahre 7106. Daraus entfielen auf die freigewerkschaftliche Liste 7208, im Vorjahre 6800.  
Auf die Liste der Christlich-Donnerlichen 422, im Vorjahre 432.  
Auf die Liste der Christlichen 468, im Vorjahre 210.  
Die Gelben hatten dieses Jahr keine eigene Liste aufgestellt und haben wohl ihre Stimmen den Christlichen zugeführt. Voriges Jahr hatte die gelbe Liste 224 Stimmen aufgebracht.  
Die Zahl der Arbeiterratsmitglieder verteilt sich demnach:  
Freigewerkschaftliche 19 und 3 Ergänzungsglieder  
Christlich-Donnerliche 1 „ „  
Christliche 1 „ „  
Alle Anstrengungen derjenigen, die den Willen der Arbeiterkassette und ihre Kraft untergraben möchten, ist durch den Ausgang dieser Wahl bewiesen, daß sie hier auf Granit stehen.

#### Eine hervorragende Landarbeiter-Organisation.

Die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, veröffentlicht in Nr. 24 einen Bericht seines nach dem Ruhrgebiet entsandten Berichterstatters, in dem in klarer Weise die im Westfälischen hervortretenden Widererkennungen geschildert werden. Nachdem u. a. hierin festgestellt wird, daß die Landwirte bei jeder Devisenhäufung den Preis für Milch, Kartoffeln, Getreide usw. hinaufschrauben lassen ohne Berücksichtigung der Beschäftigten, kommt der Berichterstatter zu folgendem Urteil über ihre Spendebereitschaft:

„Ihre Millionenpende ist keine nationale Tat, sondern ein Terraten der Nation. Was sie an Spenden leisten, sind Tringelder, die sie in nationaler Stimmung demselben Kasse zuwerfen, das für sie letztlich nur ein Ausbeutungsobjekt ist.“

Diese Verurteilung, deren Richtigkeit von jeder Arbeiterorganisation anerkannt werden dürfte, findet die stärkste Unterstützung des deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter, der zu den christlichen Gewerkschaften gehört. Von ihm wird in der neuesten Nummer seines Verbandsorgans „Die Kundtschaft“ erklärt, daß diese Verurteilung weder dem von dem „Deutschen“ zu vertretenden Gedanken der Volksgemeinschaft entspricht, noch sachlich gerechtfertigt erscheint. Er muß deshalb die Aufrechterhaltung seiner bisherigen Beziehungen zum „Deutschen“ davon abhängig machen, daß ihm ausreichende Sicherheiten gegen die Wiederholung solcher Entgleisungen gegeben werden.

Des weiteren fällt uns auf, daß der Zentralverband der Landarbeiter sich nicht selten in einer Weise zum Sprachorgan der landwirtschaftlichen Interessen macht, die sonst in der Arbeiterbewegung nicht üblich ist.“

Mit dieser Feststellung wird dem Zentralverband der Landarbeiter von gleichgeleiteter Seite ein Zeugnis ausgestellt, das er durchaus verdient hat und das völlig der Meinung der freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter entspricht. Bei ihm hat man schon seit langem den Eindruck, daß er als Organisation vielmehr zur Wahrung der Interessen des deutschnationalen Landbundes als zur Wahrung der Interessen des Landarbeitersandes geschaffen scheint. Hieraus erklärt sich auch der häufige Rückgang dieser Bewegung, der sie aus Befolgen um einen völligen Untergang immer mehr in die Arme des Landes und des treibt. Eine so eingestellte Organisation hat das Recht verweigert, als Arbeiterorganisation angesehen zu werden.

114 000 Arbeitslose in Polen. „Racospoliten“ zufolge beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Polen infolge der großen Stagnation in der Industrie wöchentlich um 4000 bis 5000 Arbeiter. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Arbeitslosen 114 000. Zwischen der belgischen und polnischen Regierung finden Verhandlungen zwecks Abschlußes eines Vertrages statt, welcher die Bedingungen zur Auswanderung der polnischen Arbeiter nach Belgien regeln soll. Die belgischen Industriellen beschäftigen eine größere Zahl von polnischen Arbeitern in der belgischen Industrie zu beschäftigen. Der Tageslohn eines Arbeiters soll 20 Franc täglich betragen.

### Bereinstalender.

**Arbeiter-Abkennien-Bund.** Montag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus: Wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vorklänge zur Wahl eines Delegierten zur Bundes-Generalversammlung, 2. Vorträge des Genossen Heilig über „Zusammenarbeit mit Bürgerlichen Arbeitgebern“, „Geldlohn aller Mitglieder Pflicht. Gäste herzlich willkommen. **Deutscher Bauergewerksbund,** Fachgruppe der Beton-Zementarbeiter. Sonntag, den 22. April, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Monatsversammlung statt. Der Vorstand. **Zentralverband der Zimmerer, Fachgruppe Breslau.** Montag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses. (Näheres siehe heutiges Inserat.)

#### Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	19. 4.	18. 4.
für 1 amerikanischen Dollar	29426,25 Mtl.	24987,50 Mtl.
• 1 englischer Pfund	130650,00 „	113712,50 „
• 1 francisisches Franc	1970,00 „	1620,00 „
• 1 holländischer Gulden	11770,50 „	9675,75 „
• 1 Schweizer Franken	5821,50 „	4488,75 „
• 100 österreichische Kronen	41,89 „	43,89 „
• 1 holländische Aona	607,75 „	733,16 „
• 1 holländische Aona	8335,87 „	4083,25 „
• 100 polnische Mark	58,50 „	52,50 „

**Parteigenossen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!**







Breslauer Nachrichten.

Breslau, 20. April.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Freitag, den 27. April, abends pünktlich 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. a) Geschäfts- und Kasienbericht; b) Bericht der Wahlkommission; c) des Wohlfahrtsausschusses; d) des Bildungsausschusses. 2. Ansprache. 3. Statutenänderung. 4. Wahl des Vorstandes und der verschiedenen Kommissionen.

Abteilung Scheitrag: Heute Abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, Sitzung aller Funktionäre im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses.

Abteilung 39: Sonntag, den 22. April, abends 8 Uhr, bei K. u. S. Hof, Subenstraße 22, Vorfahrenweiche. Sonntag, 10. Juni, im Gewerkschaftshaus die offizielle.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer: Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses: Sitzung. Vortrag: Genosse Dr. Levi.

Kobnerkurus des Bezirks III (Volkshochschule) fällt am Sonntag, den 21. und 28. April, aus, findet aber dafür Montag, den 23. und 30. April, bestimmt statt.

Kobnerkurus, Nikolaitor: Mit Rücksicht auf das Bannerfest des Distrikts 7 fällt der Unterricht am Sonntag, den 21. April, aus. Nächster Unterricht: am 25. April, pünktlich 7 Uhr.

Jugendsozialisten: Heute abends 8 Uhr Besprechung der Helferarbeit für den Sonntag, 6. Sonntag, morgens 9 Uhr, Hauptbahnhof: Treffen zur Arbeit. Erscheinung aller ist Pflicht.

Arbeiterjugend-Funktionäre! Sonnabend abends 7/8 Uhr: Funktionärsitzung.

Zur Steuereinschätzung für 1922.

(Schluß.)

Was gilt nicht als steuerbares Einkommen?

- 1. Einmalige Vermögenszufälle, die unter §§ 20, 40 des Erb- und Schenkungssteuergesetzes vom 10. September 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1543) fallen, Ausstattungen und Aussteuer; 2. Kapitalerträge auf Grund von Lebens-, Unfall und sonstigen Kapitalversicherungen; 3. Kapitalabfindungen, die als Entschädigung für den durch Körperverletzung oder Krankheit herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit an den Steuerpflichtigen gezahlt wurden, sowie Kapitalabfindungen auf Grund der Reichsversicherung, der Militärversicherung und der Beamtenpensionsgesetze; 4. Kapitalabfindungen, die auf Grund der §§ 1298, 1299 (Schadenersatz wegen Eintritts vom Verlobnis), 1712, 1714 (Vergleich über Unterhalt), 1715, 1716 (Ansprüche der Mutter gegen den Schwängerer, Siderstellung des Unterhalts) des Bürgerlichen Gesetzbuches bezahlt wurden; 5. Kapitalabfindungen, die dem Steuerpflichtigen als Entschädigung für die durch Unfall oder Verfall eines Dritten erfolgte Lösung eines gegenüber dem Steuerpflichtigen Unterhaltspflichtigen gezahlt wurden; 6. die auf Grund der Militärpensions- und Versorgungs-gesetze bezogenen Verfallmündelungen, Kriegs-, Luftdienst-, Alters- und Tropenzulagen, Pensions- und Rentenerhöhungen, Pflegezulagen und Schwerbeschäftigtenzulagen mit den entsprechenden Ausgleichs-, Orts- und Teuerungszulagen, nebst Teuerungszulagen; 7. sonstige nach der Verminderung der Erwerbsfähigkeit bemessenen Versorgungsgeldleistungen, die auf Grund einer infolge eines Krieges erlittenen Dienstbeschädigung bezogen werden, sowie die Kriegsernennung der Militärhinterbliebenen, ferner die Versorgungsgeldleistungen nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt S. 941) und den durch § 14 des genannten Gesetzes aufrecht erhaltenen landesgesetzlichen Vorschriften; 8. die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht (Reichswehr und Reichsmarine); 9. die mit deutschen Kriegsbefreiungen verbundenen Ehrenlohn; 10. Bezüge des Steuerpflichtigen aus einer Krankenzusicherung; 11. Bezüge aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer öffentlichen Einrichtung, die als Unterhaltungen wegen Hilfsbedürftigkeit oder als Unterstützungen für Zwecke der Erziehung oder Ausbildung, der Wissenschaft oder Kunst bewilligt sind.

Unsere Frauenversammlungen

am Montag waren sehr stark besucht. In zehn Versammlungen wurde ein Vortrag über „Preisabbau oder Lohnabbau“ gehalten. In der ersten Versammlung sprach Genosse Stadtverordneter Kränzel über „Feuerbekämpfung“. Der große Andrang zu diesen Versammlungen zeigt, daß auch die Frauen immer mehr die Notwendigkeit der politischen Betätigung erkennen. Die Frau, die heute durch die selbstlose Tätigkeit der Sozialdemokratie zur wertvollen Staatsbürgerin geworden ist, die gleich dem Manne in Gemeinde, Staat und Reich überall mitzubestimmen hat, und deren Einfluß durch die viel größere Zahl von weiblichen Personen über 20 Jahren noch stärker ist, als der der Männer, hat alle Ursache, jede Gelegenheit zu benutzen, ihren Willen kundzutun, und sich auch politisch zu informieren. Die Stimmung in allen Versammlungen war sehr gehoben. Überall Kampfschloffenheit gegenüber den Schichten innerhalb

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Mehrere Vorlagen, vor allem die, die die Bildung einer Kommission zur Prüfung der Frage der Umgestaltung der Betriebsverwaltungen in eine Aktiengesellschaft forderte, hatten eine Fußfängerzunge angelockt, die in dem kleinen Zuhörerraum bei weitem nicht Platz fand. Viele mußten umkehren und kamen daher um den Genuß, der von der „Arbeiterzeitung“ angekündigten „Feuerprobe“ der sozialdemokratischen Fraktion beizuwohnen. Die bürgerlichen Parteien waren zuletzt sehr enttäuscht, denn wenn sie in der Vorlage tatsächlich eine Liquidierung des Sozialistengebänkels gesehen hätten, so würden sie rasch eines besseren belehrt. Es handelt sich nämlich nur darum, zu prüfen, „ob und in welcher Weise es sich empfiehlt, die städtischen Betriebsverwaltungen, besonders die Betriebswerke, die Straßenbahn, den Hafen, von den mit der städtischen Verwaltung verbundenen Beschränkungen durch Umgestaltung in eine Aktiengesellschaft oder G. m. b. H. zu befreien“ und als Genosse Frey beantragte, dieser Formulierung hinzuzufügen

„unter Ausschluß jeglichen Privatkapitals“

und dieser Antrag mit sozialdemokratischer Mehrheit angenommen wurde, war die Enttäuschung der Bürgerlichen vollkommen.

Es handelt sich also in keiner Weise um Privatisierung oder Aufgabe der Gemeinwirtschaft, sondern einzig und allein um eine formale Änderung der Betriebsleitung, um die Freimachung der Betriebe von allen bürokratischen Fesseln zum Zweck der größeren Rentabilität der Betriebswerke. Als die Bürgerlichen erkannten, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht um Haarsbreite von dieser Formulierung abweichen würde, bewarfen sie durch ihre Sprecher Dr. Heilbera (Dem.) und Dr. Friedrich (Dm.) überhaupt jeden Zweck der einzuführenden Studienkommission. Sie erkannten, daß von einer Aufgabe des Sozialistengebänkels nicht die Rede sein kann, daß es sich vielmehr lediglich darum handelt, den Betriebsdirektoren freie Hand in ihren Entschlüssen zu geben und den unständlichen Weg vom Magistratsrat bis zum Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zu vermeiden, der sich vielfach als überhimmelt und schädlich erwiesen hat. Dem sozialdemokratischen Antrag gemäß wurde die Studienkommission unter Erhöhung ihrer Stadtverordnetenmitglieder (vom Ausschuß I zu wählen) auf 7 statt 5 zur Sicherung der sozialistischen Mehrheit

in ihr beschloffen mit dem Zusatzantrag „unter Ausschluß jeglichen Privatkapitals“.

Wie hemmend die gegenwärtige Verwaltungsform ist, zeigte sich sofort an einer anderen Vorlage für den Kauf einer Additionsmaschine, die 816 Dollar kostet, bei einem angenommenen Kursstande von 20 800 also 17 012 800 Mark. Bevor ein Stadtverordnetenbeschluss möglich war, trat der neue Markt ein und da die Verwaltung keine freie Entscheidung hat, verteuert sich die Maschine jetzt um Millionen. Dem Antrage mußte trotzdem zugestimmt werden, da die Maschine unbedingt notwendig ist und eine erhebliche Personalbeschränkung ermöglicht.

Die Dringlichkeit des Antrages, das städtische Magasinengymnasium nach dem Volkshochschule II zu verlegen, wurde gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Den Einwänden des Stadtschulrats Dr. Lauterbach entgegenetzte Gen. Dr. Mars, daß die sozialdemokratische Fraktion dieser Vorlage ungenügend gegenüberstehe und, wenn keine nachmalige Prüfung nötig sei, zu ihrer Ablehnung kommen würde. Die Vorlage kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Eine sozialdemokratische Anfrage betreffs des Ausbaus von drei Stockwerken Weinstraße 71 zu Wohnzwecken nach Verlegung der dort befindlichen Hülfschule in die Pestalozzischule kann erst nach Erledigung des vorigen Antrages beantwortet werden.

Eine Anfrage des Genossen Stape, warum in Breslau keine Kohlenpreissenkung in vollem Umfang eingetreten sei und damit eine Verbilligung von Gas, Wasser und Elektrizität, wurde vom Magistrat dahin beantwortet, daß die Kohlenvorräte der Stadt zu drei Viertel aus polnischen Kohlen bestehen, bei denen noch keine Verbilligung eingetreten sei. Eine Verbilligung von Gas sei deswegen nicht eingetreten, weil die Nebenprodukte im Preise sehr gefallen sind und dadurch die Einnahme der Gaswerke sehr gemindert worden seien. Man hat deshalb vorläufig von einer Verbilligung, die nur 4-5 Mark betragen hätte, abgesehen.

Die Verammlung beschloß ferner ihre Ferien im Juli und August, bewilligte den Beamten die Umstellung an die städtischen Gehälter in Form eines vollen Monatsgehältes, erteilte einstimmig die Schließung des Brausebades 4, erhöhte die Straßenbahnfahrt für Kinder, Tiere und Gepäck von 120 Mark auf 150 Mark, übermies den Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes in den Volkshochschulen an den Ausschuß 3 und genehmigte eine Reihe kleinerer Vorlagen, die in den Ausschüssen vorbereitet waren.

Neu eingeführt wurden die Stadtverordneten Rodehau und Wülling, beide vom Zentrum, an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Schumbe wird Genosse Wolff durch Junz als Stellvertreter des Beisetzers gewählt. — Schluß gegen 8 Uhr.

unseres Staates, die gerade in der höchsten Not des Vaterlandes in diesen Tagen durch unerhörten Wucher mit den wichtigsten Lebensmitteln und durch systematische Steuerabgabe das Elend des Volkes immer weiter vermehren. Überall beteiligten sich recht viele Frauen an der Aussprache. Es darf nun erwartet werden, daß die große Zahl der Verarmungsbeschwerden dafür sorgen, daß auch die kommenden Verurteilungen für die Frauen denselben Besuch aufzuweisen haben, wie es diesmal der Fall war.

Der Reichspräsident hat dem Schlesischen Krüppelklub für Zwecke der Krüppelschule aus Spendenmitteln die ihm zur Verfügung gestellt worden sind, einen einmaligen Beitrag von 250 000 Mark gewährt. In Anbetracht ihrer großen Notlage wird die Krüppelschule den wohlwollenden Bürgerkreisen zur weiteren Unterstützung empfohlen.

Die Notgeldheine der Stadtgemeinde Breslau in Stückden zu 100, 500, 1000 Mark haben am 5. März ihre Gültigkeit verloren. Da Zweifel herrschen, wird dies nochmals mitgeteilt, um das Publikum vor Benachteiligung zu schützen.

Volontäre aller Art (im Handelsgewerbe wie auch in der Industrie) vermittelt das städtische Berufsamt, Gartenstr. 3, Erdgeschoss (Fernsprecher Ring 8747).

Achtung! Arbeiter-Samariter! Sonnabend, den 21. April, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses: Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung, kein Mitgliedschaft!

Vortragsabend, Montag, den 23. April, abends 8 Uhr, liest Charlotte Christiane im Schiedmeyerpal Dichtungen von Agnes Miegel, Jac Sedel, Else Lasker-Schüler, Selma Lagerlöf u. a. für Mitglieder der „Wolke“ und des „Anfang“ Ermäßigung.

Sein 25jähriges Jubiläum feierte am 16. d. Mts. der Wertmeister Richard Kasse bei der Firma Halpaus. Von Angestellten und Arbeiterstaffel wurde der Jubilar durch Ueberreichung von Geschenken erfreut. Ueberall bedachte ihn durch Ueberreichung eines größeren Geldgeschenkes.

Rundgemeinschaft „Der Anfang“: Heute abends 8 Uhr Dr. Hans Blasinger: Dritter Karl Kraus-Abend.

Vom Ansat abgehirt. Aus Warmbrunn wird dem Polizeipräsidium unterm 17. d. Mts. gemeldet, daß im dortigen Krankenhaus eine weibliche Person eingekerkert und verstorben ist, die sich vom Ansat abgehirt hat. Sie hat angegeben, aus Breslau zu sein und hat als ihre Wohnung einmal Hildebrandstraße 7, dann Polener Straße 88 (gar nicht vorhanden) und ferner Brigittenstraße 3 (auch nicht vorhanden, sondern Brigittenhof) angegeben, was alles nicht zutreffend ist. Etwas Angehörige der Verstorbenen werden ersucht, sich Schupfstraße 46, Zimmer 7, zu melden.

20 000 Mark Belohnung bietet eine hiesige Firma auf die Ermittlung eines Motorabfahrers, der am 11. d. Mts. am Kaiser-Wilhelm-Platz, Ecke Steinstraße, den Hausdiener der Firma auf seinem Geschäftsrade anfuhr und seinen schweren Unfall herbeiführte, aber trotzdem in schneller Fahrt davonlief. Belohnungen bitte zu richten an das Polizei-Präsidium Schupfstraße 46, Zimmer 5.

Für 5 Millionen Kupferdraht gekohlen wurden in der Nacht zum 12. d. Mts. in Groß-Weigelsdorf, Kreis Oels. Es handelt sich um etwa 500 Meter 16 mm starken Lichtleitungsdraht, der vermutlich nach Breslau geschafft worden ist.

Gerichtliches.

Zurückbares Tod eines Kindes.

Das 1 1/2 Jahre alte Kind der Bäckermeister Mohnertchen Eheleute trank am 15. Dezember aus einem Töpferen Natoulauge. Die Hausangestellte hatte den Topf auf einen niedrigen Tisch gestellt, in dessen unmittelbarer Nähe das Kind spielte. Das Kind starb am nächsten Tage an den Folgen der inneren Verbrennung. Rest stand die Hausangestellte, die 19 Jahre alte Agnes Thielich, vor der Strafkammer, um sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis, bewilligte ihr aber eine dreijährige Bewährungsfrist.

Ein teurer Spaß.

Der Sattler Bernhard Krause wollte einmal gern seinen Bruder, der bei der Feuerwehr ist, bei der Arbeit sehen. Er schlug deshalb eines Tages die Scheibe eines Feuerwehlers ein und wartete dann in einem Hausflur auf das Erscheinen der Feuerwehr. Er war aber beobachtet worden und stand nun vor dem Schöffengericht, um sich wegen Beschädigung öffentlicher Einrichtungen zu verantworten. Die Gerichte ließen auf dem Standpunkt, daß solcher Unfug streng bestraft werden müsse. Es erkannte auf 5 Monate Gefängnis.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Anfang 8 Uhr in vollkommener Neu-einrichtung zum ersten Male „Salome“. Morgen: Sonnabend 7 Uhr wird Verdi's „Falstaff“ wiederholt. Sonntag 5 1/2 Uhr „Barisaf“. Montag veranstaltet die Konzertdirektion Soppe einen Kammermusikkabend des Amar-Hindemith-Quartetts. — Das beliebte frühere Mitglied, Herr Max Roth, kurzzeit am Wiesbadener Staatstheater wurde für ein zweimaliges Gastspiel verpflichtet. Herr Roth singt am Dienstag, den 24. April, den Tenor in „Bajazzo“ und am Mittwoch, den 25., den Hans Sachs in den „Meisteringern“. Der Vorverkauf für dieses Gastspiel beginnt heute vormittag an der Kasse und bei Barisch.

Roberttheater. Heute „Professor Bernhardt“. Sonnabend und Sonntag wird die mit großem Beifall aufgenommene Fosse „Revolotion in Krähwinkel“ von Restroy wiederholt.

Thalia-Theater. Heute und die folgenden Tage geht das reizende Lustspiel „Scampolo“ in Szene. Am Montag findet die Erstaufführung von Hebbels Trauerspiel „Maria Magdalena“ statt mit den Damen Hedda Lembach, Elise Gerti und den Herren Wilhelm Richtenberg, Erich Rowald, Friedrich Rosenhals, Fritz Sühnenbach und Ludwig Urbach in den Hauptrollen.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Freitag Gastspiel Karl Grünwald: „Der Graf von Luxemburg“. Sonnabend zum ersten Male „Madame Fritzi“. Sonntag nachmittags letztes Gastspiel Karl Grünwald: „Das Dreimäderlhaus“, Sonntag und folgende Tage „Madame Fritzi“.

SUNLIGHT SEIFE. Ist stets rein und neutral, wie die feinste Seife, und greift deshalb die Haut nicht an.



# Reichs-Arbeiter-Sport-Zeitung / 2.-6. Juni 1923

## Breslau (Land)-Neumarkt. Wähler und Wählerinnen des Land- kreises Breslau!

Am kommenden Sonntag soll ihr an die Wahlurne schreiten, um durch Abgabe eures Stimmzettels die Politik zu bestimmen, die in der Zukunft im Landkreis Breslau getrieben werden soll. Sechs Parteien stellen sich zur Wahl und jede behauptet im Wahlkampf, daß nur sie allein die richtige Politik treibe.

Um beurteilen zu können, welche Partei die richtige ist, müßt ihr euch mit jedem einzelnen Parteiprogramm auseinandersetzen. Der neue Kreisrat hat zunächst einmal den Staat unter Dach und Fach zu bringen, den die Bürgerlichen, von Demokraten bis zu den Deutschnationalen durch ihre Sabotage zu Fall gebracht, weil sie in den kreisverwaltenden Gremien gegen die Sozialdemokraten kämpften. Sie wollten die Güterbezirke fast steuerfrei lassen und die Gemeinden erdrücken. Weil eine solche gemeindefeindliche Politik die Sozialdemokraten nicht mitmachen konnten, die Bürgerlichen allein aber nicht die Macht hatten eine solche Politik durchzuführen, legten sie geschlossen ihre Mandate nieder, um durch eine Neuwahl die Mehrheit zu erringen und um dann ihre Katastrophepolitik im Kreis, die die Vernichtung jeglichen Gemeindefortschritts bedeutet, durchführen zu können.

So wie in den Steuerfragen ist es in der Städtungspolitik. Die Bürgerlichen unter Führung der Deutschnationalen haben die Städtung im Landkreis fast vollständig zerstört. Herr von Lieres-Reppine zum Beispiel hat keine einzige Bürgerpflicht unterschrieben. Er hat den Sozialdemokraten allein die Verantwortung überlassen. Sein Freund, Herr von Lieres-Waßerwies erklärte einmal: „Solange er bei Herrn von Lieres-Reppine ist, gibt er den kleinen Bauern keinen Hafer.“ So steht die Städtungspolitik der Bürgerlichen, insbesondere der Deutschnationalen aus.

Genau haben sich die Deutschnationalen verhalten den Gewerkschaften und Rentnern gegenüber. Sie haben den Gemeinden die Kredite verweigert, wodurch die Auszahlung der Unterstützung unmöglich wird. Sie taten dies, weil nach ihrer Meinung die Gewerkschaften und Rentner arbeitslos sind. Und so wie sie sich in den oben genannten Dingen betragen, haben sie auch in allen übrigen Fragen gearbeitet. Sie haben den Chausseebau verhindert, die Jagdsteuer abgelehnt, eine gerechte Steuerverteilung hintertrieben u. a. m.

Dagegen wollten die Bürgerlichen aller Richtungen eine Gebührenerhöhung einführen, weil sie dadurch die Minderbemittelten treffen, die für jedes Geschäft, das sie sich auf dem Landratsamt anfertigen lassen, schwer zahlen müssen.

Eine solche Politik ist für die Sozialdemokratie unmöglich. Die Sozialdemokratie wollte:

- Eine gerechte Steuerverteilung herbeiführen, um die Gemeinden zu entlasten und die Güterbesitzer nach ihrer Leistungsfähigkeit zu belassen.
  - Den Straßen-, Wege- und Brückenbau durch Zuschüsse an die Wegebauvereine ermöglichen.
  - Durch Beihilfen den Kriegsverletzten und Soldaten zu eigener Ernte, zu eigenem Heim verhelfen.
  - Eine Jagdsteuer einführen, um Mittel für soziale Zwecke zu machen.
  - Die Politik der Sozialdemokratie ist im ganzen darauf ausgelegt, den Minderbemittelten zu helfen und die Rechte der Arbeiter durchzuführen.
- Wer für eine solche Politik im Kreis eintritt, der gehe am 22. April 1923 in der Zeit von 8 bis 5 Uhr zur Wahl und gebe seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands S. P. D.

## Wahlarbeit der Naturfreunde.

Alle Obste mit den genannten Helfern stellen sich im Wahlkampf am 22. April wie folgt zur Verfügung:  
Gruppe 1 und 2: Meleschowitz und Zindel, Abfahrt 5,27 Uhr früh Breslau Hauptbahnhof.  
Gruppe 3: Abfahrt Breslau Hauptbahnhof 6,40 Uhr vor- mittags bis Meleschowitz.  
Gruppe 4, 5 und 6: Wüstenhof, Groß- und Klein-Mädlich, 6 Uhr früh Wüstenhof.  
Gruppe 7: Clarenkrantz. Fährt Sonntagabend ins Landheim.  
Sämtliche Naturfreunde stellen sich den einzelnen Ortsgruppen zur Wahl zwanglos zur Verfügung.  
Alle Obste treffen sich Freitag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus zum Empfang des Materials.  
Nach Beendigung der Wahl treffen sich sämtliche Wahlhelfer in Wüstenhof zum gemeinsamen Abmarsch und stellen die Obste dem Wahlergebnis dem Parteibüro zur Verfügung.  
Der Obmann.

## Zur Wahl am 22. April

empfehlen sich von der Deutschnationalen Partei unter anderen: Rittergutsbesitzer Wippen aus Weidenhof, Kreis Breslau, Vorstandmitglied des Schlesischen Landbundes und Vorsitzender der Schlesischen Pächtervereine. Er zählt an die Stadt Breslau für ein über 3000 Morgen großes Rittergut noch den Friedenspächterpreis von etwa 20 Mark pro Morgen. Seit Jahren holt er aus den Unterpächtern ein Vielfaches des Pächterpreises heraus, den er an die Stadt Breslau zahlt. Bei der diesjährigen Pächterpacht wurden mehrere 100 Morgen Ackerwiesen verpachtet, und zwar mußten die Pächter pro Morgen eine Anzahlung von 38 000 Mark leisten. Die Gesamtsumme wird den Pächtern erst später bekanntgegeben.  
So sehen die Herren aus, die in der Zukunft im Kreis die Minderbemittelten „vertreten“ wollen. Sollten sie die Macht erringen, dann werden sie die Ackerer vertreiben.

## Am Sonnabend, den 21. April, spricht

Genosse  
**Löbe**  
in Carlowitz  
in öffentlicher Versammlung.

## Aus dem Wahlkampf.

Freiwilige Oberlandjäger als Schutztruppe der Deutschnationalen.  
Am Sonnabend, den 14. April, fand in Gönitz bei Götzold eine deutschnationale Versammlung statt, in der Herr Götzold von der „Tagespost“ als Redner amtierte. Zu dieser Versammlung waren, aus welchem Grunde ist nicht bekannt, 5 Oberlandjäger herangezogen worden, die in einem Nebenraum in Bereitschaft waren. Es waren die Landjäger aus Schlaug, Rieblowitz, Wierowitz, Domschau und Gönitz, die dieser Versammlung kommandiert. Wir fragen hiermit den Herrn Regimentspräsidenten: wer hat die Landjäger dorthin kommandiert und wer hat die Tagesgelder und Reisetage bezahlt? Die Deutschnationalen oder der Staat? So werden für die Deutschnationalen

nationalen Staatsgelder verplumpert. Die aufständigen Behörden werden diesen Fall zu prüfen und die Schuldigen der Reichsregierung zu ziehen haben. Dabei drücken sich diese Herren im Reichstag, Landtag und Kreisrat vor. Steuern und das arme Volk muß sie mit jedem Körnchen Geld, jedem Broten und jeder Last Lohn aufbringen.

## Ein weiser Rabe

In der deutschnationalen Partei ist Herr Krause von Schwarzenfeld, der am Montag, den 16. April, in einer öffentlichen Versammlung in Groß-Südring, in der Genosse Gromsch sprach, erklärte: „Nach ihm sei die Einführung zur Grundbesitzer im Landkreis ungerecht erschienen und habe er infolgedessen eine gerechte Steuerentlastung gedrängt.“ Was sagt man denn von Vieles und keine Freunde dazu? Wollen sie etwa weiter behaupten, daß die von ihnen vorgenommene Einkommensteuer gerecht ist?

## McLoughlin

Die Wahlagitator für die bevorstehende Kreisratswahl hat mit aller Schärfe eingeleitet. Nicht nur, daß alle politischen Parteien auf dem Landkreise erschienen, auch der als unpolitisch sich gebende Landbund tritt mit seinen Männern zugunsten der Deutschnationalen ins Gesicht. In den allerersten Orten halten die Landbündler Versammlungen ab und stellen die Disziplin für gewerbliche Verammlungen. Aber trotzdem die Herrschaften verziehen, ihre Worte mit schreiender Lunge auf offener Markte an den Mann zu bringen, finden sie damit wenig Anhang, denn kein Mensch glaubt den gleichzeitigen Worten jener Sendlinge. Am Sonntag sprach ein Herr Landbündlerdirektor über in Meleschowitz, ohne Erfolg zu finden und am Sonntag abend meldete er sich wieder bei der freien Versammlung in einer dortigen Versammlung, in der unter Genosse Müller-Glah sprach. Welcher Qualität die Versammlungen waren, die dieses akademische Licht des Landbundes vertrieben, werden unsere Leser aus der Wiederholung mit wenigen Proben selbst erkennen. Der Herr Landbündlerdirektor behauptete, der Großgrundbesitzer leide durch die Umwälzung unheimlich. Summen für die Wählerarbeit, und es ist völlig unrichtig, wenn einer Steuerlichen bei ihm zu sprechen. Der Herr Landbündler habe mit dem Getreidepreis absolut nichts zu tun! Der Wahlsieger für landwirtschaftliche Pächter muß äußerst niedrig gehalten und die Wertschätzungen zu Steuerzwecken für den Großgrundbesitzer angemessen gehalten. Am Sonntag habe der Angestellte und Arbeiter sowie der Beamte kein Interesse an den Kreis- und sonstigen Kommunalwahlen, denn er würde allein durch Landwirtschaft, Handel und Gewerbe ernährt. (Daß die Kreise und Gemeinden Rückvergütungen von der zu 85 Prozent von den Lohn- und Gehaltsaufschlägen abgezogenen Einkommensteuer erhalten, berichtet Herr Landbündler Herrschaften nicht!) Von verschiedenen Rednern aus der Versammlung wurde Herrn Dörre die Wahrheit gesagt und die Schlussfolgerungen unter Redner auch noch die vollständigen ständigen Weisheiten dieses akademischen Landbündlers, dem die Günstigkeit Gutsche zur Seite stand, jedoch das Fiasco des Herrn Dörre ein vollständiges wurde. Die sehr gut besuchte und ausgezeichnet verlaufene Versammlung war ein voller Erfolg für unsere Partei.

## Das Buch!

Wollen Sie aus der Tageszeitung herausfinden, was die Welt bewegt, was die Zukunft bringt, was die Menschen denken, was die Völker fühlen, was die Nationen wollen, was die Weltmacht will, der findet seinen besten Grund im Buch!

**Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstr. 6**

Am 18. April erkrankte nach schwerem Leiden unser liebes junges ältestes Töchterchen

## Margarete Schmidt

im zarten Kindesalter von 8 Jahren.

Die tieftrauernden Eltern  
**Adolf Schmidt** und Frau.  
Käthe als Schwester.

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freien Religionsgemeinde, Bunzlauer Straße.  
Trauerhaus: Glogauer Straße 7. 271

## Deutscher Metallarbeiterverband.

Am Dienstag, den 17. April, früh 7 1/2 Uhr, verstarb unser Verbandskollege, der Fallenschleifer

## Fritz Adler

im Alter von 39 Jahren. 236

Ein ehrender Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Sonntag, 22. April, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus nach dem Friedhof in Gr.-Mochberg.

Am 17. April, früh 7 1/2 Uhr, verschied unser Kollege und Mitarbeiter, der Feiletschleifer

## Fritz Adler

im Alter von 39 Jahren. 235

Sein Andenken werden in E. en halten

Die Kollegen der Lieke-Hofmann Werke  
Abteilung II, Wagenbau.

Beerdigung: Sonntag, 22. April, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus nach dem Friedhof in Gr.-Mochberg.

Am Mittwoch, den 18. April, verschied die Ehefrau unseres Kollegen August Wagner

## Frau Karoline Wagner

im Alter von 83 1/2 Jahren. 230

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Freiwilligen  
Scherkess der Zuckerraffinerie Elberfeld.

Beerdigung: Sonnabend, 21. April, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus in Kleindorf, Steinstraße 4, aus.

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen.

Geschäftsstelle Breslau.

Sonnabend, den 21. April, abends 7 1/2 Uhr,  
im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses:

## Mitglieder- Versammlung.

Tagesordnung:

- Vortrag des Herrn Ingenieur Rindler über: „Das Wichtigste der Wärmelöhre aus dem Dampfmaschinenbetriebe“.
- Stellungnahme zur Wählerwahl.
- Wahlzettel.

Auf Grund des interessanten Vortrages und der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder dienstfreie Kollege erscheint.

Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Zimmerer

Zentrale Breslau.

Montag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr,  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

- Die Not der Aranzienlosen unter Berücksichtigung der Allgemeinen Ortsrentenklasse. (Referent: Genosse A. Peikert.)
- Bericht von den neuen Lohnverhandlungen.
- Die diesjährige Wählerwahl.
- Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Zeitgemäß sehr preiswert!

## Damen-Frühjahrsmäntel

Correnbakterienabweiser, Wäsche, Schuhe etc.

## Altbekleidungsstelle

Neudorfstr. 20, 1. Etage.

## Verkäufe

Alle u. Cröpe de Gines  
Hut, Knabenströhm und  
Wäsche, neu, zu Verkauf, 20  
Hohenzollernstr. 30, II, 16.

Alte, Süße, Küchen-  
tücher, Bettwäsche, Kaugu-  
teschen u. a. nur von Privat-  
Leute Wort 5 M., fett 6 M.

## Zahlungsanforderung!

**Kinderwagen**  
Stühle, Preise!  
Möcke  
Weidenstr. 25, 2. Etg.

## Kleine Anzeigen

sind kompakt gesetzt einsp.  
Anzeige v. Verkäufen, Kaufge-  
suches u. a. nur von Privat-  
Leute Wort 5 M., fett 6 M.

Genossenschaft ist zu ver-  
kaufen bei Genossenschaft, Kullen-  
str. 18. 230

Verkauf gut erhaltenen  
Kleppelwagens. Zu er-  
fragen bei Bionowski, Alie-  
nanzstr. 82, 4. Etage. 273

Gebr. Gaja zu verkaufen bei  
Hermann, Gröbinger Str. 59,  
3. Etage. 283

## Das vor kurzem erlöschende Gasstiel am Breslauer Stadt-Theater

## Ein Meisterwerk der Darstellung

## Gioconda

nach dem bekannten Roman  
von Gabriele D'Annunzio.

Erstausführung  
2  
Sittenschlager!

## Das vor kurzem erlöschende Gasstiel am Breslauer Stadt-Theater

## Das vor kurzem erlöschende Gasstiel am Breslauer Stadt-Theater

## Ist der Mönch M.

aus dem

## Kloster geflohen

od. ist es sein Doppelgänger der einen  
Brand v. Sinnesur\* im Leben vieler Frauen  
entfachte. Entstanden auf dem Boden religiöser  
Tradition baut sich ein interessant. Sittenfilm auf  
der über sein Er- scheinen hinaus  
Freunde und Feinde dieser Richtung zu scharfem Kampf führen wird.

Ferner:  
**Ein Meisterwerk der Darstellung**  
**Gioconda**  
nach dem bekannten Roman  
von Gabriele D'Annunzio.

Erstausführung  
2  
Sittenschlager!

## Jupiter-Licht- spiele.

Westendstraße

Ab Freitag bis Montag. — Nur 4 Tage!

## Die Erlebnisse einer Kammerzofe

Ein Lebens- und Liebesroman aus dem Sumpfe  
der Großstadt in 6 Akten.

Ferner: 232

## Douglas Nelson

der Prüfer-Polizist

Das Schicksal eines Spielers in 6 Akten.

## Kindfleisch (gestoßen)

Guppenfleisch	2300-2400
ohne Knochen	2300
Gehacktes und Gulasch	2300
Schmellesch	3000
Gebirgsfleisch	1600
Reisfleisch	2200

**C. Großkopf, Mariannenstraße 15**



**Alligator**  
Schuhwaren-Akt.-Ges.  
Breslau 1, Schmiedebrücke 29a  
Fernruf: Ohle 5828  
Schuhwaren-Großhandlung

**C. Feibel**  
Damenmäntelfabrik  
Blücherplatz 19  
Engros Maßanfertigung Détail

**Elkan Weiß**  
Breslau 1, Karlsplatz 1  
Telephon: Ring 538  
Webwaren-Großhandlung  
und Fabrikation

**I.E. Lewy**, Reuschestraße 67  
Fabrikation von Strumpfwaren  
Handschuhe  
Trikotagen, Wollwaren

**Lichtenstein & Wachsner**  
Herren- und  
Knabenkleiderfabrik  
Breslau 1 Ring 58

**Julius & Stefan Cohn G.m.b.H.**  
Reuschestraße 51 :: Fernspr.: Ring 8460  
Leinen- und Baumwollwaren-Fabrikation  
Säcke- und Planenfabrik

**Abramsohn & Lippstadt**  
Herrenkleiderfabrik  
Breslau 1, Reuschestraße Nr. 20/21  
Fernspr. Ring 9018 :: Telegr.-Adr. 7116

**Konditorei u. Café**  
L. HIRSCHLIK  
Reuschestraße 11/12 :: Telephon: Ring Nr. 6276

**Residenz-Café**  
am Tanentzienplatz  
Täglich erstklassige Konzerte

**M. Hauschner**  
BRESLAU, Antonienstraße 2/4  
Pekoy-Hof Fernsprecher Ohle 5724  
Fabrikation v. Blusen, Kleidern u. Kinderkleidern

**Peckel & Heimann G.m.b.H.**  
Breslau, Graupenstr. 2-4 :: Tel. Ring 6164  
Tuche u. Buckskin — Lagerbesuch lohnend

Gediegene Möbel  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstraße 65

**Prinz & Schindler**  
Herren- u. Knabenkleiderfabrik

**S. Welgrim** Berliner Straße 24  
Lederhandlung en gros und détail  
zu billigen Preisen — Telefon Ring 4365

**Nathan Levy**  
Herrenkleiderfabrik  
Tel. Ring 6856 Reuschestraße 51

**Martin Becker**  
Felle :: Häute :: Wildwaren  
Hasen- u. Kaninfelle  
Telegr.-Adresse: Ibeck \* Tel. Ring 8160-8151

Reserviert

Reserviert

**Salzmann & Gütschel** Breslau Reuschestraße 6  
Schneiderartikel

**Wein- u. Likörstube „Zur Klause“** Schmelzstraße 31/32  
Inh. M. Schifftan  
Täglich ab 7 Uhr abends Künstler-Konzert

**Mampe-Stuben** Hummerel 54  
(a. d. Schweidnitzer Straße)  
Telephon: Ring 8695

**M. Fischer** Herrenkleiderfabrik

**Kurt Richter** Breslau 1 Blücherplatz 17/18  
Kleider- und Blusenfabrik

**Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan**  
Musterschutz **B<sup>1</sup>** Ohne Gewähr

**Konzerthaus „Zoo“**  
Mokka- und Teehaus

Während der Sommersaison täglich Konzert ab 4 1/2 Uhr

**Seidel & Co. G. m. b. H.**

Kornbrennerei, Likör-, Essig- und Mostriehfabrik  
Breslau 16, Lutherstraße 21/23. Telephon: Ring 9, Ohle 4930

**Badrian & Cohn**  
Baumwollwaren und Kleiderstoffe

Breslau 1, Schloßohle 6 u. Karlstraße 3 :: Fernsprecher Amt Ohle 214

**Bau- und Nutzhölzer aller Art**  
Liefert

Louis Kaliski, Holzhandlung und Dampfsägewerke, Breslau 5  
Lagerplatz in Breslau-Gräbschen, Groß Mochberner Straße

**Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt**  
Gegründet 1856 Filiale Breslau, Hauptanstalt Leipzig Gegründet 1856

Aktien-Kapital und Reserven-Giro 1 Milliarde Mark  
Drahtanschluß „Creditanstalt“ :: Fernsprecher Ring 6960-62

**Deutsche Textilvereingung A.-G.**  
Zweigniederlassung Breslau 3

Jutengewebe, neue und gebrauchte Säcke, Wagenplauen, Leihdecken

**Widawsky & Bienstock**

Gartenstraße 40 Textil-Haus en gros Tel.: Ring 265

Kleider- und Futterstoffe, Weiß- und Baumwollwaren

**Abfahrt der Züge von Breslau-Hauptbahnhof.**

Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben. D = Durchgangswagen, W = Werktag, S = Sonn- u. Feiertage, \* beschleunigte Personenzüge 2.-4. Klasse, + fallen bis auf weiteres aus.

Nach Richtung Clogau—Stettin. Bahnhof 4.					Nach Richtung Carismarkt—Oppeln. Bahnhof 3.														
*644	740	+1100	808	W 345	709	527	640	1080	180	610	830								
nach Stettin	nach Stettin	nach Kitzsch	nach Stettin	Schmidfeld	nach Grimberg	nach Laskowitz-Beckern	nach Oppeln	nach Oppeln	n. Laskowitz-Beckern	nach Oppeln	nach Oppeln								
Nach Richtung Schweidnitz—Charlottenbrunn und Kobowitz—Sudendorf. Bahnhof 5.					Nach Richtung Glatz—Mittelwalde. Bahnhof 4.														
5	+525	546	609	5	+640	1096	211	+284	608	624	5	608	+702	+1080	108	236	607	+636	1110
nach Charlottenbrunn im Mai	nach Charlottenbrunn	nach Scharbel	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn	nach Charlottenbrunn

**Vereinigte Holzindustrie**  
Akt.-Ges.

Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 100/102

**Breslauer „Elektro-Industrie“ G. m. b. H.**  
Klosterstraße Nr. 62 Breslau 8 Telephon: Ring 218

Sämtliche elektrotechn. Bedarfsartikel für Industrie und Landwirtschaft  
Tochter-Gesellschaft

**Elektro-Metallwaren-Fabrik, E. Horn & Co., G. m. b. H.**  
Vorwerkstraße Nr. 14a Breslau 8 Telephon: Ohle 1251  
Fabrikation von Rohschellen, Endtüllen und sonstigen Rohrzubehörteilen

**H. & M. Jacobowitz**

Breslau 1, Büttnerstraße 32 — Telephon: Ring 7471

Weißwaren-, Trikotagen-, Strickgarne-Großhandlung

**Hugo Zwelg & Anders, Breslau**

Reuschestraße 46 — Telephon: Ring 9248  
Herren- und Knaben-Kleiderfabrik

**Louis Silberstein**

Breslau 3, Freiburger Straße Nr. 86

Strohhut- und Filzhutfabrik

**Fa. Silbermann & Co.**  
Kleiderfabrik  
BRESLAU, Ring 60.

**Leo Freund**

Strumpffabrikation, Handschuhe,  
Trikotagen en gros  
Bahnhofstraße 17 :: Telephon Ring 3762

**Bürgerliches Brauhaus Breslau**  
e. G. m. b. H.

Hubenstraße 44/48 Anruf Ring 1523  
Empfiehlt ihre wohlgeschmeckenden  
:: und bekömmlichsten Biere ::

**Ernst Sowa**  
Neus Schweidnitzer Straße 4  
Schokoladen  
Konfitüren :: Kekse

**Gebr. Schlesinger**  
Herrenkleiderfabrik

BRESLAU, Reuschestraße 3/4  
— Telephon: Ring 2727 —

**Herz & Wartenberger, Tuchhaus**  
Gartenstraße 40 (Eckhaus Agnesstraße)  
empfeht Damen- und Herren-Stoffe zu außer-  
gewöhnlich billigen Preisen en gros — en détail.

**Knoblauch & Rosemann**  
(früher Arnold Karfunkelstein)  
Herren- und Knabenkleiderfabrik  
Breslau 1, Büttnerstraße 28/31

**Theater-Café und Konditorei**  
(am Kaiser-Wilhelm-Denkmal)  
Vornehmes Familien-Café :: Eigene Konditorei  
Täglich ab 5 Uhr: Künstler-Konzert

Der gediegene, gute  
Schuh ist u. bleibt der  
**Herz**  
Schuhwarenhaus  
**Ludwig Herz**  
Breslau, Blücherplatz 4

**L. Marcus + Ring 60**  
Herren- und Knaben-Kleider

**Kaufhaus Aisenhaus**  
Aisenstraße 40  
Bestsortiertes Kaufhaus der Nikolai-Vorstadt

**Seldenhaus A. J. Mugdan**  
Schweidnitzer Straße 38/40 :: Gegründet 1847  
Seidenstoffe, Samte, seid. Bänder, Blusen u. Kleider

Reserviert

**Max Silberberg**  
Holzgroßhandlung  
Breslau, Sonnenstraße 18 :: Telephon: Ohle 55

**G. Rosenthal** Spezialfabrikation  
von Unterröcken,  
Groß-Konfektion in Wäsche und Arbeitshemden  
Breslau, Graupenstr. 12 Tel. Ring 10384

**F. W. Fuchs** Inh.: E. Kräcker  
Rohprodukten-Handlung  
Breslau, Lange Gasse 4 :: Tel. Ohle 7362

**Erich Wolff & Brauer** Holzgroßhandlung  
N. Schweidnitz-Str. 11  
empfiehlt sich zum Bezuge von  
Rundholz und Schnittmaterial aller Art

Reserviert

Reserviert

**Leo Böhm** Gartenstraße 45  
Damenmoden

**Julius Goldmann, Holzgroßhandlung**  
Breslau, Kaiser-Wilhelm-Straße 27

Reserviert

**Conrad Kühnke** Jankarstr. 15-17  
Königsstr. 7-9  
Kühbacher Bierstuben  
Holz-Großhandlung



**M. Keller**  
Breslau, Karlsplatz 3 — Fernsprecher Ohle 537  
Gegründet 1874  
Webwaren - Großhandlung

**Bauschienen \* Eisenbahnschienen**  
Feldbahnmateriale  
Liefere vom Vorrat besonders preiswert  
**Fischer & Brieger**  
Hütten-, Gruben-, Bahnbedarf  
Breslau 5, Telegraphenstr. 1, Tel.: Rg. 8292, O. 9508

**Albert Marcus**  
Geschenkartikel  
Wirtschaftswaren: Lederwaren  
Spielwaren  
Ring Nr. 51 BRESLAU Ring Nr. 52

**Brauerei Zu den drei Kronen**  
empfehlen  
seine selbstgebrannten  
und gutgepflegten Biere  
Breslau, Kupferschmiedestraße 5/6

Bessere  
**Wohnungseinrichtungen**  
**Josef Hirsch**  
Breslau Gartenstraße 42

**W. Klöse (Inh. F. Schenkalski)**  
Tel. Ohle 4189 BRESLAU 8 Ofener Str. 31  
Ein- und Verkauf von Papierabfällen  
Makulatur, Lumpen, Alteisen, Metallen  
in gr. Posten u. Wagonladungen ab jeder Station

**J. Traumann**  
Breslau 1; Karlstraße 27; Gegr. 1836  
Textil-, Kurz- u. Wollwaren - engros

**Eduard Jakob**  
Damen - Mantel - Fabrik  
Breslau, Schmiedebriicke 46/47  
Fernsprecher: Ohle Nr. 434

**Markewitz & Lichtensteiner G. m. b. H.**  
Webwaren-Großhandlung und Wäsche-Konfektion  
BRESLAU 1, Antonienstraße 11  
: Telefon: Ohle Nr. 8665 :

**S. Schwerin Nachf.**  
Breslau 1, Am Rathaus 27 (Fuchs & Henel-Haus)  
Gegründet 1884 : Fernspr.: Ring 8851/2  
Puppen und Spielwaren : Spez.: Puppenbestandteile

**Eisenwerk August Tebbe**  
Breslau — Groß-Tschansch  
Landwirtschaftliche Maschinen

**Wolf Fischer & Co., Ring Nr. 16**  
Großhandlung in Kurzwaren  
Strickgarnen : Trikotagen : Strumpfwaren

**W. Kirchhoff** Gegründet 1850  
Altbäckerohle 11 und Hummerei 51  
Spezialität: Kompl. Werkstatt-Einrichtungen für  
Schneider : Sämtl. Futterstoffe u. Schneiderartikel  
Reserviert

**Gebr. Ehrenberg**  
Schuhwaren-Großhandel  
Klosterstraße 1 : BRESLAU 8 : Tel. Ring 3063

**Gebr. Rosenberger**  
Herrenkleiderfabrik  
Junkernstr. 44 : BRESLAU 1 : Tel. Ohle 4105

**L. Janower**  
Herrenkleiderfabrik BRESLAU 1  
Reuschestr. 62

**Max Nickel** Weißberger-  
gasse 24  
Häute und Felle

**Feige & Co.** Gröbchener Straße 191  
Eisengroßhandlung

**Siegfried Sander** Breslau  
Neumarkt  
empfehlen preiswerte Arbeiter-Häute

**Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan**  
Musterschutz C' Ohne Gewähr

**Bauhütte Breslau G. m. b. H.**  
Telephon Ohle 6876 Breslau 8 Stolzstraße Nr. 3  
Stammkapital 6 Millionen Mark  
Übernahme schlüsselfertiger Bauten jeder Art  
Ausführung von Maurer-, Zimmerer-, Tischler- und Dachdeckerarbeiten  
/ Feuerungsanlagen und Kesselrohranlagen /  
Reparaturen / Fassadenrenovationen / Umbauten

**Salo Tichauer**  
Schuhhandels - Aktien - Gesellschaft  
Neue Taschenstraße 25 b Breslau 2 Fernsprecher Ohle 5258

**Bauhütten-Betriebsverband Schlesien G. m. b. H.**  
Telephon Ohle 2966 : BRESLAU 1 : Margaretenstr. 17  
Stammkapital 10 Millionen Mark  
Eigenbetriebe: Ziegelei Alt-Scheitnig b. Breslau / Ziegelei Heinersdorf b. Grünberg  
Sägewerk Vorderheide b. Liegnitz - Zentrale der sozialen Baubetriebe Schlesiens:  
Angeschlossen sind die Bauhöfen in Breslau, Brieg, Wohlau, Bunzlau, Gleiwitz,  
Görlitz, Grünberg, Landeshut, Waldenburg, Liegnitz, Militsch, Neisse, Neurode,  
Striegau, Sozine Malereigesellschaft Breslau.

**A. Bielschowsky**  
Inh. K. Grzesik  
**MODEHAUS**  
Breslau, Schmiedebriicke Nr. 29a

**Heinrich Künsler, Breslau - Klein Tschansch**  
Telephon Ohle Nr. 2794  
Rohprodukten - Großhandlung

**Ankunft der Züge Breslau-Hauptbahnhof.**  
Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben. D=Durchgangswagen, W=Werktags,  
S=Sonn- u. Feiertags, \* beschleunigte Personenzüge 2.-4. Klasse, + fallen bis auf weiteres aus.  
Von Richtung Berlin, Dresden und Cassel.  
D1228 + D222 412 D535 845 1042 + 132 D148 D200 513 \* 529 822 + D916 + D933 D945 + 1128  
Bahnhof 3.  
Von Richtung Oppeln, Beuthen, Oderberg.  
D1228 505 723 + D839 855 v. Neiß 1030 D1120 201 v. Neiß 245 D310 598 827 \* + 840 1050 + D1140  
Bahnhof 2.  
Von Richtung Glogau—Stettin. Von Richt. Carlsmarkt—Oppeln.  
729 125 W 431 + 521 850 1293 554 743 1010 232 426 606 1022  
Bahnhof 4. Bahnhof 2.  
Von Richtung Charlottenbrunn. Von Richtung Gnadendorf.  
719 921 954 + S 755 i. Mai 835 + S 953 i. Mai 1010 153 944  
Bahnhof 5. Bahnhof 5.  
Von Richtung Glatz—Mittelwalde.  
723 1013 + 1114 + 223 fällt nur S aus 554 631 + 944 1012 S1035 im Mai  
Bahnhof 4.

**H. Cohn, Breslau 1**  
Blücherplatz 17/18  
Engros-Haus für Strumpfwaren, Trikotagen und Babyartikel

**H. Freudenberger, Breslau**  
Telephon Ohle 9146  
Einkauf von Häuten und Fellen jeder Art zu höchsten Tagespreisen

**Hugo Plachte**  
Breslau 10, Schießwerderstr. 44  
Telephon: Ring Nr. 8255  
Häute / Felle / Rauchwaren  
Spezialität: Hasen und Kanin

**Breitbarth & Halfar, Breslau 8**  
Ofener Straße Nr. 29c : Telephon Ring 1203  
Fensterglas u. alle anderen Sorten Bauglas — Billigste Bezugsquelle für Frühbeetglas

**Ignatz Flatau**  
Ofener Straße Nr. 108 : Telephon Ring 1900  
Holzhandlung

**Albert Rosenthal, Häutegroßhandlung**  
Breslau, Antonienstraße 17

**Tuchhandlung Bergmann & Co.**  
Alte Graupenstraße 6—10

**B. Pohl** Fabrik für ff. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren.  
Verkauffstellen in allen Stadtteilen.

**Eugen Wienskowitz**  
BRESLAU 1  
Karlstraße Nr. 30  
Strumpfwaren :: Kurzwaren :: Garne

**Martin Strumpf**  
BRESLAU  
Holteistraße Nr. 15

**Gebr. Baginsky**  
Inh. Harry Müller  
Webwaren - Großhandlung  
BRESLAU, Karlstraße 11 : Fernspr. R. 7059 u. 2474

**Brauerei Zum großen Meerschliff**  
Inh. E. Vogel, Reuschestr. 28  
Ausschank nur selbstgebrauter Biere

**Zum weißen Hause**  
gibt's gut Bier  
zum Schmause

**J. & G. Nathan** BRESLAU 1  
Schloßbohle 11 Fernruf Ring 8514  
Webwaren - Großhandlung  
Spezialität: Kleiderstoffe, Blusenstoffe

**H. Foerder & Hirschberg**  
Breslau, Neue Graupenstraße 17 : Tel. Ohle 9165  
Strümpfe : Trikotagen : Strickgarne  
Engros Gegründet 1880 Engros

**Osttag-Tabake**  
Qualitäts-Rauchtabake  
Tabakfabrik „Osttag“, Max Braun & Co.  
Breslau 10 Matthiasstr. 46

**Macholl & Hirsch**  
Kleiderfabrik  
Antonienstraße Nr. 2/4

**Lewkowitz & Lomnitz**  
Webwaren - Großhandlung  
Freiburger Straße 17 I Telephon Ring 2989

**Kaufhaus Goldnes Zepher**  
BRESLAU, Klosterstraße 42  
Wäsche, Schürzen, Strumpfwaren  
Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Handschuhe

**Karl Holtzer**  
Hubenstraße Nr. 24 : Fernsprecher: Ohle 4607  
Automobil-Reparaturen  
Spezialität: Motorlagerungen

Reserviert

**Josef Jacobowitz**  
Karlsplatz : Fernruf: Ring 1427  
Leinen- und Baumwollwaren-Fabrikation  
Großhandel / Wäsche- u. Schürzen-Fabrik

**Hermann Kalischer**  
Tuch-Großhandlung  
Breslau, Karlsplatz 4 Telephon: Ring 1765

**Gebr. Meister**  
Herren- und Knaben - Bekleidung  
Albrechtstraße 40.

**Schuhhaus Schifftan**  
Neue Graupenstraße 7  
engros u. en detail Telephon Ohle 4189

**Herrenkleiderfabrik Hummerel**  
Telephon: Ohle 52/53

**Max Jacobowitz**  
Freiburger Straße 24 Schuh-Leder engros

**Breslauer Wollhochfabrik A. G. G. & H. E.**  
Gieseler Str. 97-101  
Verzinkerei - Verbleierei